

BERUFSSCHULE iNSIDER

Zeitschrift der Fachgruppe Berufliche Schulen Hessen



NR. 01

Frühjahr 2012

23. Jahrgang



Berufliche Schule gestalten

Gesundheit erhalten

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Nach über 20 Jahren, in denen sich das „Gesicht“ unserer Zeitschrift Berufsschul-Insider nur marginal geändert hat, haben wir uns nun an ein grundlegend neues Lay Out gewagt. Mit dieser Nummer begegnet Euch erstmals das neue „Gesicht“.

Was hat sich geändert?

Die Titelseite ist völlig neu gestaltet, auch die Kopf- und Fußzeile. Vom Blocksatz wurde auf Flattersatz umgestellt, die Schrift leicht vergrößert und mit größerem Zeilenabstand versehen. Die Überschriften werden im Schriftbild vereinheitlicht und die festen Seiten NEWS, HPRLL-Intern und Neue Publikationen mit einem gemeinsamen Wiedererkennungs-Kasten markiert. Vom Schwarzweißdruck konnten wir auf Vierfarbendruck gehen und schließlich haben wir die Höhe des Heftes leicht verringert.

Unser langjähriger Lay-Outer Matthias Hohmann war bei dem Entwurf der neuen Gestalt beteiligt und wird auch weiterhin mitarbeiten. Neben ihm gebührt ein besonderer Dank Uli Eichler, der viele Gestaltungsideen und –entwürfe eingebracht hat.

So hoffen wir natürlich, dass das neue Lay-Out Euch gefällt und freuen uns auf Eure Rückmeldungen.

Inhaltlich werden wir wie bisher weitermachen. Neben den festen Rubriken dokumentieren und kommentieren wir Aktuelles aus dem Kulturbereich, nehmen Stellung zur Berufsbildungspolitik, veröffentlichen GEW-Beschlüsse wie auch Beschlüsse von anderen Institutionen wie BIBB, BMBF etc., zeigen Projekte aus hessischen beruflichen Schulen, nehmen Resolutionen aus Personalversammlungen und Gesamtkonferenzen auf oder dokumentieren Ergebnisse aus der Wissenschaft und Forschung.

Wie immer fordern wir Euch auf, Euch mit Beiträgen am Berufsschul-Insider zu beteiligen. Es gibt vieles an hessischen beruflichen Schulen, das es wert ist, veröffentlicht zu werden.

In diesem Sinne grüßt Euch mit dem passenden Spruch

Euer

INHALTSVERZEICHNIS

Ausstellung gegen	
Rechtsextremismus	03
News	04
Ausbildungsreife	06
Odenwald Gelingende	
Übergänge	07
HKM-Religionsunterricht	08
AGD - Fachtagung	09
DQR-Gutes Ende ?	10
Lehrerbildung 2. Phase	12
Neue Publikationen	13
HPRLL	14
Berufsschultag März 2012	16
Komet	18
Höhere Berufsfachschule	22
Erzieherin	24
Büroberufe	25
DGB-Berufsschularbeit	26
Neusprech-Gegendert	28
Fachtagung Produktionsschule	29
Berufsbildung aufgewertet	30
Leserbrief	31
Impressum	31
Berufsbildungsbericht 2012	32
GEW-Fachtagung- a.T.	
FachlehrerInnen	32

ALLES LEBEN STEHT UNTER DEM PARADOX, DASS WENN ES BEIM ALTEN BLEIBEN SOLL, ES NICHT BEIM ALTEN BLEIBEN DARF.

(FRANZ VON BAADER)

AUSSTELLUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ machte vom 27. Februar bis zum 9. März 2012 Station in der Heinrich-Kleyer-Schule (HKS) in Frankfurt am Main. Die Organisation und Durchführung der Ausstellung übernahm die Fachgruppe Politik und Wirtschaft der HKS. Die HKS ist eine berufliche Schule im Frankfurter Stadtteil Dornbusch. Rund 2500 Schülerinnen und Schüler lernen hier im Rahmen ihrer Dualen Berufsausbildung oder in Vollzeit-Schulformen in den Fachrichtungen Metalltechnik, Mechatronik, Fahrzeugtechnik und Augenoptik. Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet und war seit 2010 an Schulen in Norddeutschland und in Hessen zu sehen.

Schulleiter Klaus Berk äußerte sich erfreut, bei der Ausstellungseröffnung am 27. Februar neben Vertretern aus der Kommunalpolitik vor allem viele Jugendliche begrüßen zu können. Für die musikalische Gestaltung sorgten die Schulband „Come together“ und der Rapper Wilhelm Rosenkranz. Den Eröffnungsvortrag hielt Dr. Meron Mendel, Leiter der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank e.V. in Frankfurt am Main. Anne Frank, deren im niederländischen Versteck vor den Nationalsozialisten verfasste Tagebücher bis heute eines der wichtigen politischen Jugendbücher sind, wurde 1929 im Frankfurter Marbachweg, unweit der heutigen Adresse der HKS, geboren. Sie wurde im Konzentrationslager Bergen-Belsen ermordet. Die nach ihr benannte Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt arbeitet für die aktive Auseinandersetzung Jugendlicher und Erwachsener mit der Geschichte des Nationalsozialismus und ihren vielfältigen Bezügen zur

Gegenwart. Zum pädagogischen Angebot der Begegnungsstätte gehören unter anderem Projekttag für Jugendliche.

Ein solcher Projekttag zum Thema „Zusammen leben“ wurde von der HKS in Zusammenarbeit mit der Jugendbegegnungsstätte während der zwei Ausstellungswochen angeboten. Weitere Workshops in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund e.V. und der Bildungsstätte Alte Schule Anspach e.V. widmeten sich den Themen „Ehre und Rassismus“ und „Hyperlinks gegen Rechts“. Frankfurter Schulklassen thematisierten hier ihre Erfahrungen mit Formen des Extremismus, fanden Information und Hilfestellungen. Hervorzuheben ist, dass die Workshops von den Schülerinnen und Schülern sehr positiv aufgenommen wurden und noch in den darauffolgenden Tagen im Unterricht darüber diskutiert wurde.

„Rechtsextreme nutzen heute raffinierte Strategien, um gerade junge Menschen zu erreichen“, sagte Schul-

leiter Berk in seiner Begrüßungsrede zur Ausstellungseröffnung. Konzerte, Schulungszentren, Freizeitangebote – oft sei die rechtsextreme Intention zunächst versteckt und erst auf den zweiten Blick ersichtlich.

Die Ausstellung stellte unter anderem dar, wie sich rechtsextremistische Gruppen in Hessen organisieren. Über PC und Smartboard konnten die Ausstellungsbesucher interaktive Grafiken zuschalten, welche rechtsextreme Gewalttaten in Deutschland seit 1990 dokumentieren. Darüber hinaus zeigte die Ausstellung Möglichkeiten, mit rechtsextremistischen Einstellungen umzugehen und sich aktiv für Toleranz, Meinungsfreiheit und Menschenrechte einzusetzen. Auf folgendem Link gibt es einige Bilder zu den einzelnen Ausstellungsplakaten. <http://www.fes.de/hessen/gegen-rechts/bildergalerie.php>

Isolde Grabenmeier und Volker Schwarz



news

OHNE BERUFSABSCHLUSS

Im Jahr 2007 hatten insgesamt etwa 5,3 Mio. Erwerbspersonen keine berufliche Ausbildung vorzuweisen. Seit Beginn der 1980er-Jahre stiegen ihre Arbeitslosenquoten überdurchschnittlich an. Im Jahr 2009 lag die Arbeitslosenquote aller ungelernten Erwerbspersonen bei 21,9% und damit mehr als dreimal so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (6,6%). Arbeitsplätze für Ungelernte werden abgebaut oder in Billiglohnländer verlagert. Ungelernte unterliegen somit einem hohen Risiko, keine dauerhafte, mit Entwicklungsperspektiven verbundene Erwerbstätigkeit ausüben zu können.

BIBB-Report 17/12

AUSBILDUNGSVERTRÄGE

Nach der Erhebung des BIBB vom 30.09.2011 stellt sich die Ausbildungssituation gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar. In den alten Bundesländern gab es einen Zuwachs von 3,7%, in Hessen um 2,3%. Die insgesamt 41.166 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Hessen verteilen sich wie folgt: Industrie und Handel 61,4%, Handwerk 26,5%, Öffentlicher Dienst 3,0%, Landwirtschaft 1,7% und Freie Berufe 7,4%. Skandalös: nach dem Ausbildungs-pakt auf Bundesebene sollte die Ausbildungsquote im Öffentlichen Dienst auf 7% gesteigert werden. Hessen wieder mal hinten!

WENIGER AUSBILDUNGSBETRIEBE

Während die Arbeitgeber-Verbände den Fachkräftemangel beklagen, bilden derzeit weniger Betriebe junge Menschen aus. Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung hält die Bundesregierung im Berufsbildungsbericht 2012 fest, dass die Quote der ausbildenden Betriebe auf knapp 22,5 Prozent gesunken ist. Ein Jahr zuvor waren es noch 23,5 Prozent. Fachkräftemangel hausgemacht!

BUNTSTIFT GERETTET!

Der gemeinnützige Ausbildungsbetrieb Buntstift GmbH Kassel war insolvent. Damit stand auch die erste hessische Produktionsschule zur Disposition. Zum 1. März hat nun die deutschlandweit tätige Outlaw GmbH Buntstift übernommen und damit den Konkurs abgewendet. 37 Mitarbeiter/innen werden übernom-

men, 23 entlassen. Zukünftig heißt die neue Firma Outlaw Kassel. Wie es mit der Produktionsschule weitergeht ist noch ungewiss.

SO VIELE STUDIS WIE NOCH NIE

Neuer Rekord: 515.800 StudienanfängerInnen gibt es im Studienjahr 2011 (+ 16%) – das bedeutet eine Studienanfängerquote von 55% eines Jahrgangs.

Im Wintersemester 2011/2012 liegt die Anzahl der Studierenden an den Hochschulen mit rund 2,4 Mio. um knapp 8% über dem Stand des vorhergehenden Wintersemesters. An Universitäten oder vergleichbaren Hochschulen sind 1,6 Mio. (67%), an Fach- sowie Verwaltungsfachhochschulen 0,8 Mio. (33%) Studierende immatrikuliert.

Soli aktuell 12/2011

Schüler und Lehrerstellen Berufliche Schulen in Hessen

SCHULFORM	SCHÜLER Abs.	SCHÜLER IN %	LEHRERSTELLEN	STELLEN IN %
Studienqualifizierende Bildungsgänge BG + FOS	36.097	19,6 %	1.933,9	26,3 %
Berufsausbildung dual Teilzeitberufsschule	105.093	57,0%	2.647,7	36,0 %
Berufsausbildung vollschulisch	8.147	4,4%	505,8	6,9%
Berufsvorbereitung (BVJ/EIBE, BBW, Sonderklassen)	10.642	5,8%	857	11,7%
Berufl. Grundbildung (BGJ, 2-j. BFS, 1-j. HBFS)	13.164	7,1%	851	11,6%
Weiterbildung (Fachschulen)	11.302	6,1%	559,9	7,6%
GESAMT	184.445		7.355,3	

Übergangsbereich 4 + 5 = 857 + 851 = 1.708 Lehrerstellen = 23,3% aller Stellen

Quelle: Lehrerzuweisungserlass vom 09.12.2012, Eigene Berechnungen

KONSEQUENZEN

Zur Erhöhung der didaktischen Qualität der Experimente hatte das Science Center ExperiMINTa in Ffm (vgl. Insider 2/11) Kontakt zu Fachleitern für Physik und Mathematik an Studienseminaren aufgenommen, um gemeinsam didaktisches Material zu erstellen. Nachdem das HKM die Arbeitszeit der Ausbilder faktisch erhöht hat sahen sich die Ausbilder nicht mehr in der Lage, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.

BILDUNGSPRÄMIE VERLÄNGERT

Mit der Bildungsprämie unterstützt das BMBF seit 2008 Erwerbstätige, die sich weiterbilden möchten. Übernommen werden dabei Kosten für Weiterbildung bis zur Hälfte (bis zu max. 500 €). Aufgrund der guten Nachfrage verlängerte das BMBF das Projekt um weitere zwei Jahre (Näheres unter bildungspraemie.info oder 0800-2623000).

KINDER SIND ARM

Die Bertelsmann-Stiftung hat Zahlen über Kinderarmut vorgelegt: Insgesamt lebten 2010 in Deutschland 403.000 Kinder unter drei Jahren in Familien, die auf staatliche Grundversicherung angewiesen sind.

SUCHTMITTELKONSUM BEI JUGENDLICHEN RÜCKLÄUFIG - NEUE STUDIENERGEBNISSE DER BZGA

Die aktuelle Repräsentativerhebung „Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2011“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zeigt, dass der Konsum von Alkohol, Tabak und Cannabis unter Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Im Gegensatz zum insgesamt positiven Trend bei den Jugendlichen

ist bei den jungen Erwachsenen zwischen 18 bis 25 Jahren der Alkoholkonsum unverändert hoch und der Cannabiskonsum stabil. Lediglich beim Tabakkonsum ist auch in dieser Altersgruppe ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Befragt wurden 5.001 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12 bis 25 Jahren.

PM vom 10.02.2012

KAUM ZU GLAUBEN!

Im Jahr 2010 kommt die von WissenschaftlerInnen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie „Die Mitte in der Krise“ zu dem Ergebnis, dass sich in Deutschland jede/-r Vierte eine „starke Partei“, die die „Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ wünscht, und jede/-r Zehnte einen „Führer“, der „Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand regiert“, für eine gute Sache hält. Ebenso hält jede/-r Zehnte eine „Diktatur“ für „die bessere Staatsform“.

**Blickpunkt Extrem demokratisch,
DGB-Bundesvorstand** www.dgb-jugend.de

MANGELWARE GERECHTIGKEIT

Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland ist in den vergangenen 15 Jahren massiv auseinander

gegangen. Dies belegt der DGB in seinem „Verteilungsbericht 2011“. Demnach konzentrieren sich die Vermögen immer stärker in den Händen weniger: das reichste Prozent der Deutschen besitzt 23% des Nettovermögens.

Ganz anders sieht es am unteren Ende der Vermögenspyramide aus: Mehr als 70% der Erwachsenen besitzen gerade mal 9% des Nettovermögens. Jeder Vierte besitzt nichts oder ist gar verschuldet.

Zuwächse beim Bruttolohn waren in der Vergangenheit rar. Die Folge: Die Beschäftigten haben real heute weniger in der Tasche als zur Jahrtausendwende. Die Reallöhne sind seitdem um 4,5% gesunken.

Soli aktuell 12/2011

ARMUT IN EUROPA

Die Zahl der von Armut bedrohten Menschen ist in ganz Europa gestiegen. Fast jeder vierte Europäer war 2010 durch Armut und soziale Ausgrenzung gefährdet. Demnach lebten in den 27 EU-Ländern mehr als 115 Mio. Menschen an der Armutsgrenze – etwa 2 Mio. EuropäerInnen mehr als 2009.

*Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt*



AUSBILDUNGSREIFE – WAS IST DAS?

Allenthalben hört und liest man es, es gebe inzwischen genügend Ausbildungsplätze im dualen System, es fehle jedoch an „ausbildungsreifen“ und „ausbildungsgerechten“ Bewerbern, so unisono die Betriebe und die Kammern. Der kritische Betrachter der Szene aber merkt über die Jahre hinweg, dass der Begriff der Ausbildungsreife oder Ausbildungseignung recht schillernd ist, sich je nach Bewerberlage und Ausbildungsplatzzahl ändert und vornehmlich von der Wirtschaft besetzt und definiert wird.

Auf der anderen Seite gibt es inzwischen auch praktizierte Modelle, die allen „Ausbildungswilligen“ und „Ausbildungsfähigen“ eine Berufsausbildung anbieten und den nicht „Ausbildungsfähigen“ eine Ausbildungsvorbereitung, so das „Hamburger Modell“ oder auch die Bertelsmann-Initiative „Übergänge mit System“, die inzwischen von mehreren Ländern – darunter auch Hessen – unter-

schrieben wurde. Spätestens in diesen Modellen muss also eine seriöse, transparente und begründete Definition und Abgrenzung angewendet werden.

Eine mögliche Grundlage hierzu verspricht der über 60-seitige «Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife», der im Rahmen des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (ohne DGB) entwickelt und 2006 vorgestellt wurde. Damit kamen die Paktpartner zu einvernehmlichen Festlegungen, was aus ihrer Sicht von Schulabgängern erwartet werden kann, bevor sie eine Berufsausbildung beginnen. Der Katalog will einen «Orientierungsrahmen zur Beurteilung der Ausbildungsreife Jugendlicher» bieten und beschreibt ausführlich 5 Merkmalsbereiche (Schulische Basiskenntnisse, Psychologische Leistungsmerkmale, Physische Merkmale, Psychologische Merkmale des Arbeitsverhaltens und der Persönlichkeit, Berufswahlreife) sowie dazugehörige Verfahren zur Feststellung.

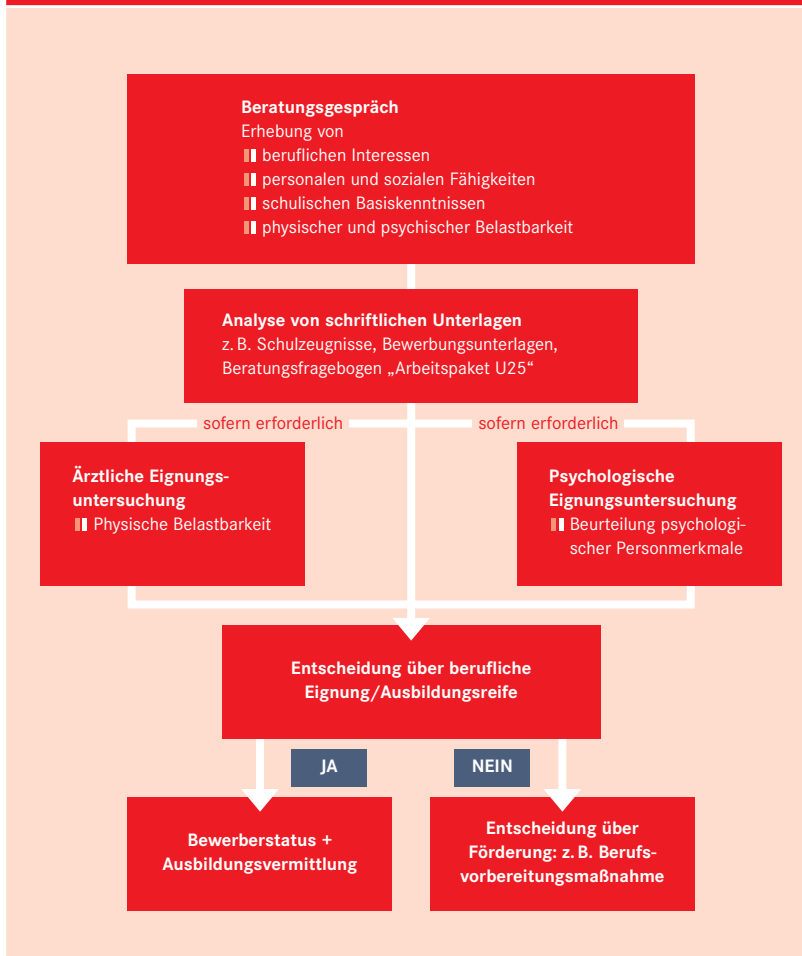
Insofern scheint er geeignet, den oftmals von Betrieben geäußerten pauschalen Behauptungen fehlender Ausbildungsreife oder mangelnder Ausbildungseignung bei einer großen Zahl von jungen Menschen mehr Rationalität und Transparenz entgegenzuhalten. Das Schaubild zeigt den idealtypischen Ablauf aus Sicht der Arbeitsagentur (Kriterienkatalog S. 62).

Bei gebotener kritischer Betrachtung könnte dieser Kriterienkatalog aus meiner Sicht durchaus auch genutzt werden, mit Jugendlichen in den beruflichen Schulen diese Kriterien zu diskutieren und auf die Realität hin zu reflektieren.

Abzurufen ist dieser Katalog unter anderem unter www.arbeitsagentur.de. Daneben gibt es in diesem Zusammenhang noch den Berufswahltest bei der Agentur für Arbeit unter www.arbeitsagentur.de sowie den Berufsinterestetest mit Selbsterkundungsprogramm unter www.planet-beruf.de.

Dieter Staudt

Beurteilung der Berufseignung und Ausbildungsreife – idealtypischer Ablauf



WIE SEHEN GELINGENDE ÜBERGÄNGE SCHULE-AUSBILDUNG HEUTE AUS?

STEPHANIE ODENWALD, GEW-HV

Beim Workshop des DGB am 24. 2. 2012 in Berlin galt es, die Vielfalt der Initiativen zu sichten und herauszufinden, welche Schritte tatsächlich zu dem Ziel führen, dass Jugendliche in Ausbildung kommen statt als „nicht ausbildungsreif“ stigmatisiert und ausgegrenzt zu werden.

Bilanziert wurde: Einerseits sind 2012 sind immer noch ca. 350 000 junge Menschen im sogenannten Übergangssystem untergebracht, wie im Berufsbildungsbericht 2012 zu lesen ist. Andererseits gibt es konkrete Reformen vor allem in Hamburg und in NRW. Wilfried Kruse von der Sozialforschungsstelle Dortmund stellte in seinem Referat fest: Gerade jetzt könne die Forderung nach Ausbildung für alle wegen des Mangels an Fachkräften in einigen Branchen und wegen der demografischen Entwicklung Rückenwind erhalten.

Nach Kruse haben sich die Schulen schon bemerkbar zur Arbeitswelt hin geöffnet. Außerdem habe sich in schätzungsweise 150 -200 Landkreisen ein kommunales Übergangsmanagement herausgebildet. In der Tat würden sich Strukturen bereits jetzt verändern. Folgende zwei Problembe-
reiche müssten beachtet werden:

1. Auch bei einer weiteren Verbesserung des Ausbildungsmarktes würde eine erhebliche Zahl von Jugendlichen außen vor bleiben. Ursache sei, dass Ausbildung im dualen System eben privatwirtschaftlich geregelt sei und Betriebe nach betriebswirtschaftlichen Zielen ausbilden. Es gäbe eine Kluft zwi-

schen dem, was die Betriebe verlangen und was die Jugendlichen mitbringen. Das müssten die Gewerkschaften erkennen, ohne die Stigmatisierung in „nicht ausbildungsreif“ zu teilen. Welche zentrale Rolle dieser Begriff „nicht ausbildungsreif“ in der Strategie der Arbeitgeber einnimmt, habe gerade die aktuell veröffentlichte Untersuchung von Dobischat u.a. im Auftrag der Böckler Stiftung gezeigt. Das ist das eine. Das andere ist die Frage der staatlichen Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen. Was für ein Studium in Hochschulen gelte, müsse auch für die berufliche Erstausbildung selbstverständlich sein, nämlich dass diese auch in staatlicher Regie stattfindet, wenn Jugendliche keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten.

2. Gefragt werden muss nach den Bildungsbedürfnissen bei den Jugendlichen selbst. Offensichtlich strömen sie nicht mit Hurra in betriebliche Ausbildung. Das erkläre sich auch dadurch, dass 15 Jahre Ausbildungskrise nicht spurlos an den Jugendlichen vorbei gegangen sind. Sie fragen sich natürlich, was bringt mir die besseren Voraussetzungen für mein Leben und da ist die duale Ausbildung mit einem spürbaren Attraktivitätsmangel verbunden. Jedenfalls sei es falsch zu behaupten, dass jede Ausbildung besser ist als keine wie der Ausbildungsreport des DGB zeige.

Eine wesentliche Konsequenz sei: Bei der Gestaltung des Übergangs muss die gesamte Perspektive der Jugendlichen beachtet werden und nicht

nur die erste Schwelle. Das verlangt ein anderes Verständnis von Übergang, nämlich Übergangsgestaltung als langgestreckten Prozess, der erst beendet ist, wenn jemand in einem Arbeitsverhältnis angekommen ist. Zu bedenken sei, dass heute der Übergang sehr viel schwieriger geworden ist. Letztendlich fehle das Wissen, wie erfolgreiche Übergänge heute aussehen. Das sei eine dringliche Forschungsaufgabe. Geklärt werden müsse, welche Voraussetzungen notwendig sind, damit nicht so viele auf dem Weg ins Arbeitsleben auf der Strecke bleiben.

HINTERGRUND-TEXTE DAZU:

- ☞ Dobischat/Kühnlein/Schurgatz: Ausbildungsreife, ein berufsbildungspolitisch ungeklärter und umstrittener Begriff in der Übergangphase Jugendlicher von der Schule in Berufsausbildung, Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung, Februar 2012
- ☞ DGB- Bundesvorstand : Weniger ist mehr- Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf , Berlin 2010
- ☞ GEW- Hauptvorstand : Vorschläge der GEW zur Verbesserung des Übergangs Schule-Ausbildung, November 2010
- ☞ Wilfried Kruse & Expertengruppe 2010: Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe, Stuttgart
- ☞ Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit: Kriterien und Empfehlungen zur Entwicklung eines kohärenten Fördersystems. Für junge Menschen am Übergang in den Beruf , Berlin September 2011

KULTUSMINISTERIN DOROTHEA HENZLER:

ÜBER 45 PROZENT MEHR RELIGIONSUNTERRICHT

AN TEILZEIT-BERUFSSCHULEN

„Gegenüber dem Vorjahr konnte der Religionsunterricht an den hessischen



unterricht in der Teilzeit-Berufsschule nur dann erfolge, wenn dieser Unterricht auch tatsächlich erteilt werde. „Diese Maßnahme zielte darauf ab, dass wieder mehr Religionsunterricht an der Teilzeit-Berufsschule stattfindet. Schließlich ist Religion ein Gebot der Hessischen Verfassung“, so Henzler. Deshalb habe man den Schulen auch gleichzeitig zugesagt, dass nicht nur jede erteilte Religionsstunde in der Zuweisung berücksichtigt werde, sondern auch eine Nachsteuerung erfolge, wenn zusätzlicher Religionsunterricht angebo-

ten werde. „Diese Zusage haben wir selbstverständlich eingehalten und konnten kräftig nachsteuern“, sagte die Ministerin.

In diesem Zusammenhang wies Henzler darauf hin, dass die beruflichen Schulen für jede Teilzeit-Berufsschul-Klasse bei 12 Stunden gemäß Stundentafel eine Zuweisung von 14,3 Stunden erhielten und damit auskömmlich versorgt seien. Außerdem gebe es eine über 100 Prozent hinausgehende Lehrerzuweisung, so dass es einer „Quersubventionierung“ durch nicht erteilte aber zugewiesene Unterrichtsstunden im Fach Religion nicht bedürfen

*HKM-Pressemitteilung vom
31.01.2012*

Teilzeit-Berufsschulen um 45,3 Prozent gesteigert werden“, erklärte heute Kultusministerin Dorothea Henzler. Sie begrüße in diesem Zusammenhang sehr das Angebot der Kirchen, hinsichtlich des Bedarfs an Religionslehrern vorübergehend verstärkt durch Gestellungsverträge zu helfen und gleichzeitig Nachwuchswerbung für Religionslehrerinnen und Religionslehrer zu betreiben.

Da es in der Vergangenheit eine anhaltend rückläufige Quote der Unterrichtserteilung im Fach Religionslehre in der Teilzeit-Berufsschule gegeben habe, sei den beruflichen Schulen mit Erlass vom 31. August 2011 mitgeteilt worden, dass künftig eine Lehrerstunden-Zuweisung für Religions-

Kommentar

Ich bin dafür, dem Wort „Quersubventionierung durch nicht erteilte aber zugewiesene Unterrichtsstunden“ das Prädikat „Unwort des Monats Januar“ zuzuerkennen. Ich bin mir dabei aber nicht so ganz sicher, ob das dann nicht schon an Majestätsbeleidigung grenzt. Und mit (sog.) Majestätsbeleidigungen und daraus entstandenen Folgen habe ich leidvolle Erfahrungen mit einem Vorgänger (holziger Apfel) von Frau Henzler machen müssen.

Spaß und Ironie beiseite: Frau Henzler müsste, außer einfach mal die Zahl 45,3% zu nennen, begründen – sonst glaubt ihr doch wirklich niemand -, wie es möglich ist, innerhalb gerade mal eines halben Jahres den Religionsunterricht an der Teilzeitberufsschule nahezu zu verdoppeln. Und wenn sie – wie behauptet – dies mit einem einfachen Erlass tatsächlich so hinkommen hat sollte sie meiner Meinung nach dann auch für höhere Aufgaben vorgesehen werden. Im Übrigen steht im HKM-Lehrerzuweisungserlass vom 09.12.2011, dass 97,1 Stellen für nicht erteilten Religionsunterricht abgezogen werden.

Dieter Staudt

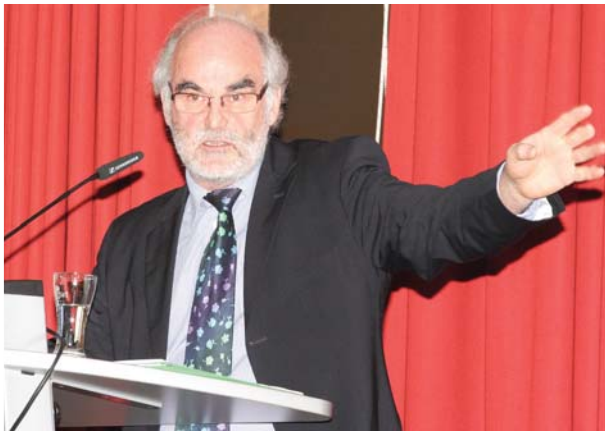
107 HESSISCHE BERUFLICHE SCHULEN DURCH LEITUNGSTEAMS VERTRETEN

Ca. 150 Schulleitungsmitglieder von 107 Beruflichen Schulen waren auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an den Beruflichen Schulen in Hessen nach Gießen angereist, um sich ein außerordentlich interessantes Referat

dem für berufliche Schulen im ländlichen Raum, denn dort werden neben der demographischen Entwicklung Wanderbewegungen in die Zentren die Probleme weiter verschärfen und für die Berufsschulen existentiell sein, so der Hochschullehrer.

Deputatstunde für SV-Verbindungslehrer wurde massiv kritisiert.

Im nächsten Teil ging es um die Behandlung vorliegender Anträge. So verabschiedeten die anwesenden 150 Schulleitungsmitglieder einstimmig einen Beschluss zur Beseitigung der Ungleichbehandlung der Schulleitungen der beruflichen Schulen (BG) gegenüber den allgemeinbildenden Schulen (GO) im Bereich der Oberstufe sowie einen Beschluss, der in Absprache mit den katholischen und evangelischen Kirchenvertretern eine Aussetzung der Negativberechnung zum Religions- bzw. Ethikunterricht forderte. Schließlich wurde ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Lehrersituation an den beruflichen Schulen beschlossen.



Im Anschluss an den Vortrag von Prof. Huisinga betonte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Norbert Herlein, dass die Herausforderungen von den Schulleitungen ernst genommen werden und auch kurzfristig Strategien entwickelt werden müssen, die

von Herrn Prof. Dr. Richard Huisinga von der Universität Siegen zum Thema „Demographische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Berufliche Bildung und die Selbständige Schule in Hessen“ anzuhören.

den regionalen Gegebenheiten an den Schulen stärker als bisher gerecht werden.

Im Weiteren folgte der Arbeitsbericht zum bildungspolitischen Geschehen im Bereich der beruflichen Bildung in Hessen. In diesem bezeichnete Herlein das Vorhaben des HKM, den beruflichen Schulen im Rahmen einer Lex Teilzeitberufsschule Planstellen für nichtgehaltenen Religionsunterricht von den Stellenzuweisungen abzuziehen, als Absurdität kulturministeriellen Handelns. Auch die geplante Streichung der

Ausgerichtet wurde diese Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gießen und dem XENOS-Programm „Integration und Vielfalt“, das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Europäischen Union unterstützt wird.

Aaron Löwenbein

Prof. Huisinga wies auf die demographischen Verschiebungen, eine Dominanzkultur des New Public Management sowie eine Neuorientierung an Wissensarchitekturen statt an festgefühten Berufsbildern hin. Anhand der Geburtenzahlen könne auch vorausgeschätzt werden, wie sich in Zukunft die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter entwickeln dürfte. Die Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund dürfte sich auf bis zu 50 % aller Schüler/innen in der beruflichen Schule hochbewegen. Darauf hat sich die Berufsbildung noch nicht eingestellt – ein Zustand, der sich schnellstmöglich verändern sollte. Dramatisch wird die Situation vor al-



DEUTSCHER QUALIFIKATIONSRAHMEN (DQR) MIT EINEM GUTEN ENDE?

Die jahrelange Diskussion um den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) hat sehr unterschiedliche Reaktionen bei allen Akteuren und Bildungsaktivisten ausgelöst. Von einmaliger Chance für die Betroffenen und hohem Stellenwert für die Gestaltung des Bildungsraums in Europa bis hin zur Ablehnung reichte der bunte „Blumenstrauß“ von Meinungen und Standpunkten. Wer wollte da zum Schluss noch durchblicken?!

So hat sich auch die GEW allgemein, und hier besonders die Landesfachgruppe Berufliche Schulen Hessen, immer wieder aktiv in die Diskussion eingemischt. Bis zum Schluss wurde auf allen Ebenen um die „wahre Lehre bzw. Definition“ gekämpft. Die ursprüngliche Absicht der Kultusministerkonferenz (KMK) bei der Verortung des deutschen Abiturs gegenüber der beruflichen Bildung im DQR ließ besonders bei den „Berufler/innen“ die Zornesröte aufsteigen. Es war sogar vom Scheitern des DQRs die Rede. Auch der „Berufsschul – Insider“ ging in der Vergangenheit immer wieder auf den DQR allgemein und auf die Konsequenzen für die berufliche Bildung im Besonderen ein. So nahm Dieter Staudt noch im Insider 04/2011 die Absicht der KMK kritisch ins Visier, das deutsche Abitur „höher“ (Stufe 5) als die berufliche Erstausbildung (Stufe 4) im DQR zu verorten („KMK gegen den Rest der Welt“).

HOHER STELLENWERT DER BERUFLICHEN BILDUNG?

Dieser Beitrag will die neue Einigung (31. Januar 2012) zum DQR kritisch beleuchten. Es wird die Frage

gestellt, ob diese Einigung wirklich den „hohen Stellenwert der beruflichen Bildung deutlich macht“, wie es Ministerin Schavan (BMBF) uns glauben machen will oder ob nicht mit dieser Einigung eine große Chance bei der Anerkennung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung - eine alte Forderung von uns „Berufler/innen“ - als fauler Kompromiss vertan wurde. Es muss hinterfragt werden, ob diese Einigung zum DQR nur als kleiner Meilenstein zu werten ist oder ob jetzt alle Diskussionen ein Ende haben. Eine Einschätzung vorweg: Vor dem prinzipiellen Problem haben sich die „DQR Akteure“ geschickt gedrückt und „feiern“ erst einmal die Einigung. Warum ich diese Einigung allenfalls nur als kleinen Meilenstein ansehen kann, soll hier dargelegt werden.

DREI SCHWACHSTELLEN

Die Vereinbarung vom 31. Jan. 2012 stellt u.a. fest, „dass sich die berufliche und die allgemeine Bildung in Deutschland durch hohe Qualität und Gleichwertigkeit auszeichnen“. So werden im Einzelnen verschiedene Punkte zum weiteren Vorgehen vereinbart. Die berufliche Erstausbildung (zweijährig) wird auf Niveaustufe 3 und auf Niveaustufe 4 (drei- und dreieinhalbjährig) vorgenommen. Die Höhere Berufsfachschule (Assistentenberufe) mit ihren berufsbezogenen und berufsübergreifenden Kompetenzen findet sich nicht wieder. Wird sie in der vollschulischen Form der Erstausbildung gleichgestellt? Hier kennen wir die derzeitige Praxis und die Antwort der Kammern. **Erste Schwachstelle!**

Die Fortbildungsabschlüsse sind im Prinzip ausschließlich den Fortbildungsabschlüssen der Kammern reserviert. Wo finden sich die Gesundheitsfachberufe wieder? **Zweite Schwachstelle!**

„Von einer Zuordnung allgemeinbildender Schulabschlüsse zum DQR wird **vor**erst abgesehen. Nach einem Zeitraum von fünf Jahren werden auf der Grundlage kompetenzorientierter Ausbildungsordnungen der beruflichen Erstausbildung und kompetenzorientierter Bildungsstandards für die allgemeinbildenden Schulabschlüsse unter der Maßgabe der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung alle Zuordnungen erneut beraten und gemeinsam entschieden“. **Dritte und entscheidende Schwachstelle!**

MEIN FAZIT

Zusammengenommen ist die Einigung ein Schlag gegen die vollmundigen Absichtserklärungen der Bundesregierung, einen „bildungsbereichsübergreifenden DQR“ schaffen zu wollen. Wenn alle Akteure wirklich die **Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung** gewollt hätten, hätte hierzu eine klarere Antwort gegeben werden müssen. So wurde sich vor dieser fundamentalen Frage bzw. einer richtungweisenden Antwort erneut gedrückt und auf fünf Jahre vertagt.

Wenn nicht jetzt, wann dann? Wer glaubt denn wirklich, dass es bei dem derzeitigen „verkopften“ Schulsystem mit in der Regel wenig Kontakt zum beruflichen Handlungswissen in fünf Jahren neue Erkenntnisse gibt?

In Erinnerung Zitat von Prof. Hengsbach im letzten Insider: „Berufliche Bildung ist die Nahtstelle, wo Leib und Seele sich berühren ...“. Wo sollen sich bei dem derzeitigen Zustand des allgemein bildenden Schulsystems „Kopf und Seele“ berühren?

Meine Prognose: Auch in fünf Jahren werden sich an diesen Bildungsorten, wie sie heute organisiert sind, Kopf und Seele nicht berühren. So ist die Zeit bis dahin wiederum vertane Zeit. Als Resultat: der DQR wird erst einmal als Krücke funktionieren, weil die „Abiturienten“ zunächst im DQR nicht verortet wurden. Das Problem wurde also nicht gelöst, sondern nur vertagt!

Aus „Berufler“- Sicht sehr positiv zu vermerken ist das Festhalten an der Verortung der Fachschulabschlüsse auf Niveaustufe 6. Dafür hat sich bis zum Schluss (Dezember 2011) auch der Bundesarbeitskreis Fachschulen Technik (BAK FST), durch mich als Sprecher vertreten, erfolgreich bei der KMK eingesetzt (mehr unter www.bakfst.de). In der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlichten Pressemitteilung wird explizit auf das Niveau 6 für Bachelor, Meister, Fachwirte und die Fachschulabschlüsse wie *Techniker* hingewiesen.

So bleibt abzuwarten, wie schnell und konkret diese Einigung in den Ländern in Form von neuen Verordnungen in den Zeugnissen umgesetzt wird. Sie ist letztlich nur als Meilenstein auf dem langen Weg der wirklichen Anerkennung von Gleichwertigkeiten in der Bildung zu werten. Der große Wurf aus Sicht der Berufler/-innen ist diese Einigung nach wie vor nicht - eher ein fauler Kompromiss, da noch viele prinzipielle Schwachstellen existieren.

Wolfgang Hill

VEREINBARUNG ZUM DQR (Auszüge)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs unterstreichen die zentrale Bedeutung des EQR als gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für die verschiedenen nationalen Qualifikationssysteme, um Gleichwertigkeiten und Unterschiede von Qualifikationen transparenter zu machen, die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen und die Mobilität von Lernenden und Beschäftigten in Deutschland wie auch in Europa zu fördern. Als Übersetzungsinstrument für den EQR wurde dazu der „Deutsche Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR)“ erarbeitet, dem alle Beteiligten bereits zugestimmt haben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs sind sich darin einig, dass sich die berufliche und die allgemeine Bildung in Deutschland durch eine hohe Qualität und Gleichwertigkeit auszeichnen. Daher sind die Zuordnungen zum DQR - als nationale Umsetzung des EQR - in Übereinstimmung aller beteiligten Partner so vorzunehmen, dass eine

angemessene Bewertung und damit eine Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa gewährleistet werden. Mit den verschiedenen Zuordnungen, die von den beteiligten Partnern bereits im Konsens getroffen worden sind, wie z.B. zu Niveau 6 (u.a. Bachelor, Fachschule, Fachwirt, Meister), wird dies unter Beweis gestellt.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung, der Kultusministerkonferenz, der Wirtschaftsministerkonferenz, der Sozialpartner und der Wirtschaftsorganisationen werden den DQR-Prozess zügig fortsetzen und vereinbaren zum weiteren Vorgehen folgende Punkte:

1. Für die berufliche Erstausbildung wird eine Zuordnung zunächst auf Niveau 3 (2-jährige Ausbildungen) und auf Niveau 4 (3- und 3 ½ jährige Ausbildungen) vorgenommen.

2. Von einer Zuordnung allgemeinbildender Schulabschlüsse zum DQR wird vorerst abgesehen.

3. Nach einem Zeitraum von fünf Jahren werden auf der Grundlage kompetenzorientierter Ausbildungsordnungen der beruflichen Erstausbildung und kompetenzorientierter Bildungsstandards für die allgemeinbildenden Schulabschlüsse unter Maßgabe der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung alle Zuordnungen erneut beraten und gemeinsam entschieden. Dabei soll die weitere Entwicklung auf der europäischen Ebene mit berücksichtigt und auch eine Höherstufung geprüft werden.

4. Um den weiteren Arbeitsprozess des DQR mit dem Ziel einer zeitnahen Referenzierung an den EQR sicherzustellen, wird der Arbeitskreis DQR gebeten, die noch ausstehenden Zuordnungen vorzunehmen.

Berlin, den 31.1.2012

Weitere Informationen unter www.deutscherqualifikationsrahmen.de

LEHRERAUSBILDUNG IN DER 2. PHASE –

KEINE VERSCHLECHTERUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER LEHRERAUSBILDUNG

Personalversammlung am Studienseminar für berufliche Schulen in Darmstadt gekürzt

Nachdem das Hessische Lehrerbildungsgesetz novelliert worden war, hofften alle an der Ausbildung Beteiligten auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Konstruktiv-kritisch hatten wir den Prozess der Novellierung begleitet und gefordert, dass die Mittel, die durch die Verkürzung der Ausbildung um drei Monate gespart würden, in der Ausbildung verbleiben und unter anderem zur Entlastung der Mentorinnen und Mentoren verwendet würden.

Dies ist jedoch nicht geschehen; im Gegenteil:

- ☞ Die Entlastung der Mentorinnen und Mentoren wird nicht realisiert.
- ☞ Es sollen 150 Ausbilderstellen gestrichen werden.
- ☞ Die LiV sollen den Ausbildungsschulen künftig statt mit 6,4 Stunden mit 8 Stunden angerechnet werden.

Der Zuweisungsfaktor an Wochenzeitstunden pro LiV, der für die pädagogische Ausbildung bestimmt ist, wurde von 5,9 Stunden auf 4,75 Stunden pro Woche verringert.

Die Sparmaßnahmen in der Ausbildung verschlechtern die Arbeitsbedingungen an Seminar und Schule.

- ☞ Mentorinnen und Mentoren werden künftig wieder stärker in die Ausbildung einbezogen; sie werden Informationen über die Lernentwicklung der LiV geben, die ins Schulgutachten einfließen. Sie

„Erste Erfahrungen mit der verkürzten Ausbildungszeit, die schneller zur Unterrichtspraxis führt, zeigen, dass die Reform der Lehrerbildung bei allen Beteiligten grundsätzlich positiv aufgenommen wird.“

HKM-PM 14.02.2012

Ist das nicht toll??

werden als 5. Prüfungsmittglied an Staatsexamina teilnehmen. Trotz gesteigener Anforderungen gibt es keine Entlastungsstunden.

- ☞ Die drastische Kürzung des Zuweisungsfaktors führt zu einer Verdichtung der Arbeitsbelastung der Ausbilderinnen und Ausbilder, zur Verlängerung ihrer Arbeitszeit um bis zu 20%
- ☞ Ausbilderinnen und Ausbilder haben künftig pro Halbjahr, neben zwei Ausbildungstagen, neben mindestens 6 Stunden Unterricht, 40-50 Unterrichtsbesuche zu absolvieren. Unterrichtsausfall ist unvermeidbar. Die Vertretung für den Unterrichtsausfall der Ausbilderinnen und Ausbilder müssen die Kollegien an den Schulen tragen.

Diese geplanten Sparmaßnahmen in der Ausbildung gefährden die Qualität der Ausbildung erheblich, denn

- ☞ Die erhöhte Anrechnung der LiV an den Schulen wird die Durchführung der vom Lehrerbildungsgesetz ermöglichten „Doppelbesetzung“ von LiV und Mentor, das heißt ihren gemeinsamen Einsatz in einer Lerngruppe, erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen.
- ☞ Die Kürzung des Zuweisungsfaktors führt zu massiver Verdichtung der Arbeitszeit der Ausbilderinnen und Ausbilder. Es mangelt an Zeit für Gespräche mit Schulleitungen, Mentoren und LiV.
- ☞ Die Kürzung des Zuweisungsfaktors erschwert es künftig auch, die angehenden Lehrkräfte bei der Durchführung innovativen, auf selbstständiges, kooperatives und projektförmiges Lernen abzielenden Unterrichts zu begleiten.

Um die Qualität der Ausbildung zu erhalten und den an Ausbildung Beteiligten akzeptable Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, fordern wir gemeinsam

- ☞ Anrechnungsstunden für Mentorinnen und Mentoren
- ☞ Keine Streichung von Ausbilderstellen und Ausbildungsaufträgen
- ☞ Keine Verschlechterung des Zuweisungsfaktors
- ☞ Zuweisung von mindestens 5,2 Wochenstunden für die Ausbildung pro LiV
- ☞ Rücknahme der geplanten Erhöhung des Anrechnungsfaktors pro LiV an den Schulen.

09.02.2012



NEUE PUBLIKATIONEN

BILDUNGSFINANZIERUNG FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

Hrsg. HV GEW 08/2011



Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert

Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems

Von Henrik Piltz / Gefördert durch die Max-Traeger-Stiftung August 2011

welche die Entwicklung der kaufmännischen Mentalität und des kaufmännischen Arbeitsvermögens im Kontext gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen vom Mittelalter bis in die 1920er-Jahre anhand zahlreicher Quellen erstmals erschließt. Daraus lassen sich Ursachen für die kaufmännischen Berufsqualifikationen, die Genese kaufmännischer Berufe in Deutschland von den fahrenden Kaufleuten über die Blütezeit der Handelsherren bis zur kaufmännischen Angestelltenschaft und Gemeinsamkeiten ihrer Tätigkeiten erkennen.

Holger Reinisch: „Geschichte der kaufmännischen Berufe. Studie zur Geschichte vornehmlich der deutschen Kaufleute, ihrer Tätigkeiten, ihrer Stellung in der Gesellschaft

sowie ihrer Organisation und Qualifikationsstrukturen von den Anfängen bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts“, Hrsg. BIBB, Download unter www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/seriesitem/id/8

Aus: BWPplus 5/2011

HANDELN IN KRISENSITUATIONEN

Der aktualisierte Leitfaden für die Schulen enthält Hinweise, wie sich eine Schule auf die Bewältigung möglicher Gefahren- und Krisensituationen im schulischen Umfeld vorbereiten kann. Download unter

www.hkm.hessen.de

AKADEMISIERUNG DER ARBEITSWELT - ZUR ZUKUNFT DER BERUFLICHEN BILDUNG

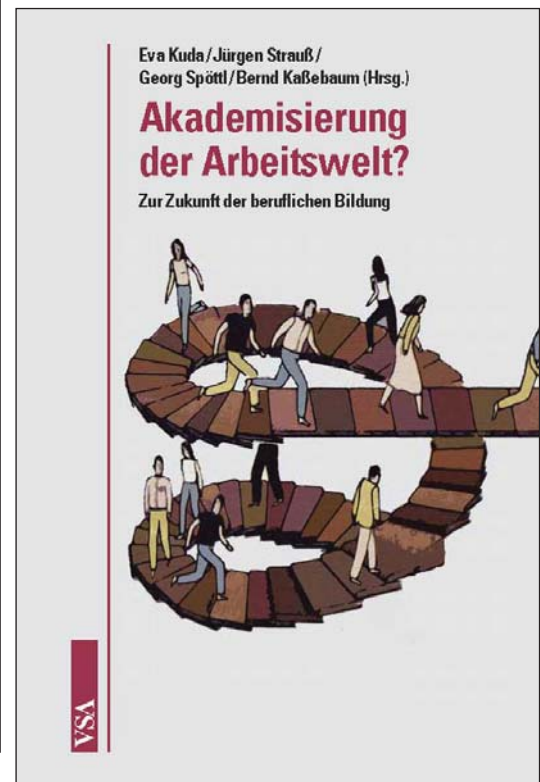
Die berufliche Bildung steht unter heftiger Kritik: Sie versperre vielen Jugendlichen den Zugang zur Ausbildung und hinke mit ihrer Berufsfähigkeit und ihrem Vorrang von praktischem Lernen hoffnungslos der modernen Wissensgesellschaft hinterher. Eva Kuda, Jürgen Strauß, Georg Spöttl und Dr. Bernd Kaßbaum haben aktuell ein Buch herausgegeben, in dem Autoren/-innen diese Kritik unter die Lupe nehmen und sich mit den Befürwortern einer forcierten Akademisierung der Bildung und des Erwerbslebens beschäftigen. Die Auseinandersetzung berührt insbesondere die Frage der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. (Akademisierung der Arbeitswelt, Zur Zukunft der beruflichen Bildung, Hrsg. Eva Kuda u.a., VSA, 2012)

Die von der Max-Traeger-Stiftung geförderte Arbeit des Bildungsforschers Henrik Piltz erlaubt einen realistischen Überblick über die Kosten der Realisierung der bildungspolitischen Forderungen der GEW in allen Bundesländern. Sie umfasst die Kosten für den Elementarbereich, die Allgemeinbildenden Schulen, die Berufliche Bildung, die Hochschulen bis hin zur Weiterbildung. Unterschieden wird dabei in Kosten für die Qualität der Bildung und Kosten zur Auflösung des Investitionsstaus.

Bezug: broschueren@gew.de

GESCHICHTE DER KAUFMÄNNISCHEN BERUFE

Im Rahmen eines Forschungsprojekts des BIBB entstand die Literaturstudie zur Geschichte der Kaufleute,



Eva Kuda / Jürgen Strauß / Georg Spöttl / Bernd Kaßbaum (Hrsg.)

Akademisierung der Arbeitswelt?

Zur Zukunft der beruflichen Bildung

VSA

Hauptthemen im Hauptpersonalrat waren die Umsetzung der „selbstständigen Schule“, der Erlass zum Umgang mit Digitalisaten und die Umsetzung der Inklusion. Im beruflichen Bereich standen die ErzieherInnen-ausbildung (HBFS Sozialassistenten und Fachschule Sozialpädagogik) und die Empfehlung des Landesausschusses für Berufsbildung zur Rückführung der höheren Berufsfachschule auf der Tagesordnung. Es fand eine HKM-Tagung zur „selbstständigen Beruflichen Schule“ statt und die Personalräte der 35 SBS'en trafen sich zum ersten Mal in Weilburg.

ERZIEHERINNENAUSBILDUNG

Für die HBFS Sozialassistenten wurde ein Verordnungsentwurf vorgelegt. In der Erörterung waren sich Dienststelle und HPRLL einig, dass die Erzieherinnenausbildung langfristig gleichwertig sein müsste dem Bachelor. Der HPRLL kritisierte jedoch, dass der vorgelegte Entwurf hierzu nicht dienlich sei. Weiterhin brachte der HPRLL die ihm von Schulen zugeleiteten Kritikpunkte vor und formulierte diese in einer Stellungnahme (Anforderung unter: r.becker.gew@gmx.de).

Die bereits Ende 2010 vorgelegte Novellierung der Verordnung für die Fachschule Sozialwesen soll in Kürze in Kraft gesetzt werden. Danach soll diese Verordnung jedoch wieder geändert werden. Das HKM will auf

Betreiben des Sozialministeriums die Fachschulausbildung um ein halbes Jahr verkürzen. Eine Erörterung dieses Sachverhalts steht jedoch noch aus. (s. a. S. 24)

HÖHERE BERUFSFACHSCHULE

In der letzten Sitzung vor den Osterferien erläuterte das HKM, wie es mit der Empfehlung des Landesausschusses für Berufsbildung umgehen wolle. Der Empfehlung solle nicht gefolgt werden, aber Veränderungen sind trotzdem geplant. Die einjährige HBFS soll erst frühestens zum 1.8.2013 abgeschafft werden, aber nur dann, wenn entweder genügend duale Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und wenn die Notenregel für den Zugang zur zweijährigen HBFS abgeschafft wurde. Weiterhin plant das Ministerium, die Fachrichtungen der zweijährigen HBFS neu festzulegen. Die Abschaffung der Systemgastronomie, der Metallbautechnik und der Bürowirtschaft werde geprüft und die IT-Assistenz Wirtschaft und Technik soll zu einer Fachrichtung zusammengeführt werden. Längerfristiger strebe der zuständige Referent eine „integrierte Berufsfachschule“ an, mit flexiblen Übergängen in die duale Ausbildung oder die studienqualifizierenden Bildungsgänge bei möglichst kompletter Anrechnung der bisher erworbenen Kompetenzen. Die Ministerin würde hinter diesem Konzept stehen, das zudem nahe den GEW-Vorstellungen sei, versicherte die Dienststelle. Nach den Osterferien wird sich der HPRLL das Konzept genauer ansehen und der Berufsschulinsider wird gegebenenfalls in seiner nächsten Ausgabe darüber berichten (s.a. S. 22).

DIGITALISATE

Das Kultusministerium hat die Schu-

len aufgefordert, bis zum 15.3.2012 zu bestätigen, dass keine digitalen Kopien von gedruckten und elektronischen Medien (Digitalisate) auf den Schulrechnern oder auf Lernplattformen wie z.B. „Moodle“ bereitgehalten werden. Dies hat an einigen Schulen dazu geführt, dass Kolleginnen und Kollegen Entsprechende erklären sollten. Der Hauptpersonalrat hat, geleitet von der Rechtsauffassung, dass hessische Beamtinnen und Beamte mit dem Diensteid bereits verpflichtet sind, sich an Recht und Gesetz zu halten, diesen Sachverhalt mit der Dienststelle intensiv erörtert. Das ursprüngliche Ziel, dass die Dienststelle den Erlass zurückzieht, wurde nicht erreicht. Jedoch verweist das hessische Kultusministerium darauf, dass mit dem Erlass nicht zwingend intendiert sei, dass alle Kolleginnen und Kollegen eine Erklärung über das Nichtvorhandensein von Digitalisaten auf schulischen Speichermedien abgeben müssten. Es gehe vielmehr darum, das entsprechende Bewusstsein für die Problematik der digitalen Kopie zu schaffen. Die Erörterung von vielen konkreten Fragen hatte zum Ergebnis, dass der zwischen Schulbuchverlagen und den Ländern geschlossene Vertrag sehr restriktiv ist und vielen technischen Entwicklungen im Klassenraum (z.B. interaktive Whiteboards) zuwider läuft. Zum Teil sind die Verlage schon weiter, was die Verbreitung digitaler Medien angeht. Diesen Widerspruch gilt es in Zukunft aufzulösen. Der HPRLL fordert in diesem Zusammenhang eine umfassende Information der Kollegien.

„SELBSTÄNDIGE BERUFLICHE SCHULE“ - SBS

Im Amtsblatt 1-2012 wurden die 17 SV Plus Schulen und die 18 Transfer-schulen zu „Selbständigen Beruflichen Schulen“ „gekürt“.

Auf der HKM-Veranstaltung am

23.2.2012 in Kassel wurde in einer langatmigen Zeremonie allen Schulleiterinnen und Schulleitern der nun 35 SBS'en eine gerahmte Urkunde übergeben. Die Kultusministerin hat diese Urkunden zu den Klängen „What a wonderful world“ verteilt. Inhaltlich wurde es im Workshop: „Geld oder Stellen? Geld und Stellen? – Aspekte zum Budget“. Dort beschrieb der Schulleiter der Peter-Paul-Cahensly-Schule in Limburg Heinz Metternich den Systemwechsel beim Budget: Während des Modellprojekts SV Plus wurde die gesamte Lehrerzuweisung in Geld gerechnet und entsprechend war die Versuchung groß, so Heinz Metternich, die Mittel immer so kostensparend wie möglich einzusetzen. Die SBS'en erhalten die Zuweisung jedoch wieder in Stellen und die Umwandlung in finanzielle Mittel sei erst möglich, wenn Stellen

nicht besetzt sind. Außerdem betonte Heinz Metternich den staatlichen Bildungsauftrag, den auch die SBS'en erfüllen müssen, so dass eine Umwandlung erst in Frage kommt, wenn der Unterricht vollständig abgedeckt würde. Letztendlich blieben für die Umwandlung nur die zusätzlichen 1,5% Zuweisung.

PERSONALRÄTETREFFEN SBS

Am 29.2.2012 fand das erste Personalratetreffen der 35 SBSen in Weilburg statt. Die Rückmeldungen aus Schulen bestätigen die Erfahrungen aus SV Plus (vergl. Berufsschulinsider 4-2011): Dort wo Schulleitungen kollegial und mit den Personalräten arbeiten und wo Personalräte und Kollegien ihre Rechte einfordern und durchsetzen besteht Entwicklungspo-

tential. Man war sich in folgenden Punkten einig: Der Systemwechsel beim Budget - wie von Metternich geschrieben - wurde einhellig begrüßt. Das Treffen soll halbjährig weiter geführt werden und die Personalräte wollen ihre Kompetenzen zusätzlich dazu ausbauen. Kritisiert wurde, dass Rahmenbedingungen nicht eindeutig vom Ministerium kommuniziert werden. Der HPRLL greift diese Kritik auf und wird nach den Osterferien dies mit dem HKM erörtern. Dabei wird z. B. das Organisationshandbuch, das Kontraktmanagement und das große Budget verhandelt werden.

Bei den neuen Schulverfassungen bröckelt es weiter ab. Die Eugen Kaiser Schule in Hanau hat die SV Plus Schulverfassung wieder abgeschafft.

Ralf Becker, Carsten Leimbach

PERSONALRATSWAHLEN 2012

Ob im HPRLL, in den Gesamtpersonalräten oder in den Schulpersonalräten, es sind fast ausschließlich GEW-Mitglieder, die die Interessen der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen vortragen und die Beruflichen Schulen voranbringen. Dies gilt es in den Kollegien deutlich zu machen und somit das Wahlergebnis der letzten Wahl zu steigern. Zur Personalratswahl 2012 wird es einen Sonderinsider geben, in dem die Arbeit der letzten Jahre reflektiert wird und die zukünftigen Initiativen und Aufgaben beschrieben werden.

Die Berufler Herbert Storn (Ruhestand) und Carsten Leimbach (Sabbatjahr) scheiden aus dem HPRLL aus. Für ihr bisheriges Engagement sei Ihnen an dieser Stelle schon einmal herzlich gedankt. Mit Ralf Becker, der für eine 3. Amtszeit kandidiert, führt erstmals in der Geschichte der GEW Hessen ein Berufler die

HPRLL-Liste der GEW an und mit Bettina Happ-Rohé wird seit langem eine Frau aus den Beruflichen Schulen für die GEW im HPRLL sein.



Bettina Happ-Rohé,

Listenplatz 3

Klingerschule Frankfurt
Vorsitzendenteam GEW-Bezirksverband Frankfurt

Mitglied Fachgruppe Berufliche Schulen



Ralf Becker,

Listenplatz 1

Werner-Heisenberg-Schule
Rüsselsheim
Vorsitzendenteam Fachgruppe Berufliche Schulen
Redaktion Berufsschulinsider

BERUFLICHE SCHULE GESTALTEN -

GESUNDHEIT ERHALTEN

GEW-BERUFSSCHULTAG AM 13. MÄRZ 2012

Viele Berufsschultage der letzten Jahre habe ich besucht und es war immer ein Erlebnis. Die Qualität der Referenten und Beiträge, vom Feinsten; die Organisation der Veranstaltungen: von der Hinführung zum Sitzungssaal über die Organisation von Getränken und Essen. Ich konnte mich einfach leiten lassen, abgeben, es war für alles gesorgt, und der Kopf wurde auch mal wieder gelüftet. Die wichtigsten Beiträge gab es ausgedruckt, übrigens auch bei den Schulleitungen eine beliebte Lektüre. Auch die Themen, die ihr gewählt habt, waren die richtigen. Sowohl die übergeordnete politische Entwicklung, wie auch die Nöte der Schule vor Ort, hatten ihren Platz. Aus der Enge der eigenen Schule herauskommen, über den Tellerrand gucken können, wie andere das machen ist prima. Und schon hatte ich auch wieder Mut, Motivation, Ideen für den eigenen Alltag. Ich bin immer mit einer guten Stimmung wieder nach Hause gefahren. Dafür wollte ich mich ganz herzlich bedanken. All dies war auch beim diesjährigen Berufsschultag erkennbar; das macht Ihr einfach professionell.

Ein Spruch von Prof. Schönwälder hat mir besonders gut gefallen: „Wenn Du nicht kannst wie Du willst, musst Du wollen, wie Du kannst!“

Und so habe ich auch bei dieser Fachtagung eine Idee, eine Anregung mit nach Hause genommen: Ein wichtiger Belastungsfaktor an unserer Schule sind große Klassen über 25 SchülerInnen. Warum nicht in der Gesamtkonferenz den Antrag stellen, die Klassenhöchstgrenzen für Berufsschüler auf 25 zu beschränken?

*Gerhard Cuntz
Friedrich-List-Schule Darmstadt*

Die beruflichen Belastungen für Lehrer – auch an Berufsschulen – steigen erwiesenermaßen. Das äußert sich in einer Zunahme von erschöpften KollegInnen bis zum Burn Out. Eine Schulpolitik in Richtung selbstständige Schule erweitert die Aufgaben. Mehr schwierige Schüler und der gewerkschaftliche Anspruch auf Mitgestaltung von Schule durch die Lehrkräfte tragen zu einer Belastungssteigerung bei. Dabei geht es den Lehrkräften in ihrem Engagement auch um eine Entlastung, die ihrer Gesundheit, aber auch der Qualität von Schule zu Gute kommen soll. Mit diesem Spannungsfeld beschäftigten sich ca. 80 Berufsschullehrer aus Hessen auf ihrem diesjährigen Berufsschultag.





Prof. Dr. Richard Huisinga (Uni Siegen) befasste sich in seinem Referat mit der Professionalisierung der Pädagogik und dem Bildungsauftrag in dem komplexen Feld schulischer Arbeit. Er sieht die (Berufs-) Schulen in einer Umbruchphase: Schülerzahlenrückgänge zwischen 15 und 30 % in den nächsten acht Jahren, Veränderungen von Technik, Medien und menschlichem Denken und Handeln durch die IT-Techniken und die zunehmende Infragestellung des Berufskonzeptes seien nur drei von vielen Umbrüchen.

Der Arbeitswissenschaftler Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder befasste sich mit den Arbeitsbelastungen am Arbeitsplatz Schule und ihren Folgen. Er stellte das viel beachtete Entlastungsmodell „TOP“ vor:

Technik im Sinne von Räumen und ihrer Ausstattung sei der effektivste Weg einer Reduzierung der Arbeitsbelastungen; gemeint sind angemessene Raumgrößen, Schallschutz, Lüftung, Mobiliar und Unterrichtsmedien.

Gute Schul-Organisation sei der zweiteffektivste Entlastungsweg; gemeint sind damit kluge Teambildung, Kontinuität im Einsatz, kurze Wege, klare Verantwortlichkeiten und Verbindlichkeiten.

Die Veränderung der Personen habe den schwächsten Wirkungsgrad; trotz zahlreicher Ratgeber falle die Änderung von Einstellungen und Gewohnheiten besonders schwer und erziele weniger Effekte als die beiden ersten Faktoren.

Insgesamt war die Tagung eine gelungene Veranstaltung für die gewerkschaftliche und schulische Arbeit.

Ullrich Horstmann Walter-Hecker-Schule - Kassel

Nochmals herzlichen Dank für den Berufsschultag. Ich fand die Diskussion und die Kontakte sehr anregend. Für mich also hat es sich gelohnt.

Prof. Hans Georg Schönwälder

Der Vortrag von Prof. Dr. Richard Huisinga lieferte viele Denkanstöße für gewerkschaftliche, aber auch z.B. personalrätliche Aufgaben in den Schulen. Grundlegend neue Erkenntnisse gab es zwar nicht – aber es war durchaus sinnvoll, die zukünftige Entwicklung der Berufsschule einmal in einem umfassenden Kontext zu betrachten.

*Ute Sensfelder
MES Dreieich*



In KOMET Elektro wurde zwischen 2007 und 2010 ein Kompetenz- und Messmodell entwickelt, das jetzt auf KOMET Metall und KOMET Fachschule übertragen werden soll. Die Rückmeldungen von Lehrkräften, die in KOMET mitarbeiteten, sind bisher ausschließlich positiv. Für einen ersten Einstieg ins Thema hat die Redaktion Prof. Felix Rauner (Wissenschaftliche Begleitung von KOMET) gegeben, die Grundlagen des Kompetenzmodells darzustellen und zu begründen.

KOMPETENZENTWICKLUNG UND –MESSUNG IN BERUFLICHEN BILDUNGSGÄNGEN UND HANDLUNGSFELDERN – TEIL 1

Prof. Dr. Felix Rauner

Es geht in diesem Beitrag um die Begründung eines Kompetenzmodells berufliche Bildung als Grundlage für die Entwicklung von Lern- und Testaufgaben.

LERNFELDKONZEPT UND LEITIDEE DER BILDUNG

Seit 1996 werden die beruflichen Bildungspläne nicht mehr wissenschaftspropädeutisch, sondern nach Lernfeldern strukturiert. Dabei gelten weiterhin die didaktischen Prinzipien der Wissenschafts- und Praxisorientierung. Der grundlegende Perspektivwechsel, der mit dem Lernfeldkonzept vollzogen wurde, findet seinen Ausdruck in zwei neuen Orientierungen.

1. Dem beruflichen Wissen wird eine eigene Qualität zugemessen.

Es geht nicht mehr darum, das beruf-

liche Wissen vom wissenschaftlichen Wissen per didaktischer Transformation oder Reduktion abzuleiten. Für die berufliche Bildung werden mit dem Lernfeldkonzept die „bedeutsamen beruflichen Arbeitssituationen“ (KMK 1996) zu einem zentralen Bezugspunkt für die Gestaltung beruflicher Bildungsprozesse.

2. Durch das Lernfeldkonzept wird von der KMK ein Bildungsbegriff

für die berufliche Bildung begründet, der die allgemeine Bildung einschließt.

Das Lernfeldkonzept zielt auf die Befähigung zur Mitgestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft in sozialer und ökologischer Verantwortung. Diese Leitidee basiert auf der Einsicht, dass Aufgaben in der Arbeitswelt selten nur richtig oder falsch gelöst werden. Es geht in aller Regel um das Finden kluger Kompro-

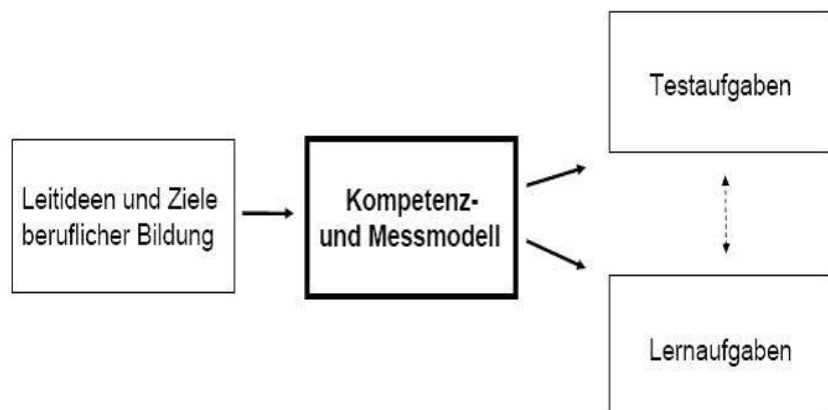


Abb. 1: Das KOMET-Kompetenzmodell vermittelt zwischen den Leitideen und Zielen beruflicher Bildung sowie der Gestaltung (Lernaufgaben) und Evaluation (Testaufgaben) beruflicher Bildungsprozesse

missen beim Abwägen zwischen der Funktionalität einer Lösung, ihrer Umweltverträglichkeit sowie aller weiteren Kriterien, die für die Umsetzbarkeit der Lösung bedeutsam sind. Höchste Funktionalität ist nur zu erzielen, wenn dabei nicht gegen Umweltvorschriften verstoßen wird, wenn die vorhandenen Ressourcen ausreichen usw. Die KMK hat diese Leitidee auf die gesellschaftliche Entwicklung ausgeweitet. Damit begründet sie einen Bildungsbegriff für die berufliche Bildung, der die allgemeine Bildung einschließt.

KOMPETENZMODELLE – BEGRIFFLICHE KLÄRUNG

Kompetenzmodelle haben nach einer Empfehlung der Klieme-Kommission (KLIEME u.a. 2003) die Funktion, zwischen den Zielen und Leitideen der Bildung und der Entwicklung von Lern- und Testaufgaben zu vermitteln (Abb. 1). Eine der bedeutenden Leistungen dieser Kommission besteht darin, dass sie eine Kompetenzdefinition vorgelegt hat, auf die sich mittlerweile die Kompetenzforschung stützt. Danach wird Kompetenz definiert als eine domänenspezifische kognitive Leistungsdisposition – ein kognitives Potenzial, das dazu befähigt, in einer spezifischen Domäne (z. B. eines Berufes oder Berufsfeldes) Aufgaben und Probleme zu lösen.

Aus den Leitideen und Zielen lassen sich grundlegende Kriterien ableiten, denen Problemlösungen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft genügen müssen. Kompetenzmodelle in der Beruflichen Bildung haben somit die Funktion, die grundlegenden Kriterien zu operationalisieren und die Konstruktion von Lern- und Testaufgaben – hinreichend konkret – anzuleiten.

DAS DREIDIMENSIONALE KOMET-KOMPETENZMODELL

Für die Entwicklung des KOMET-Kompetenz- und Messmodells war ausschlaggebend, dass es bildungstheoretisch begründet sowie empirisch überprüft und international anschlussfähig ist und dass es nach psychometrischen Kriterien zu einem Messmodell ausgestaltet werden kann (vgl. MARTENS, ROST 2009, 95 ff.).

Das dreidimensionale KOMET-Kompetenzmodell unterscheidet zwischen der Anforderungsdimension, der Inhaltsdimension und der Handlungsdimension (Abb. 2).

HANDLUNGSDIMENSIONEN

Die Handlungsdimensionen orientieren sich am Begriff der vollständigen Handlung aus dem Lernfeldkonzept. Dies erlaubt es einerseits, die verschiedenen Schritte einer Aufgabenlösung zu bewerten und erleichtert andererseits die Entwicklung von

Testaufgaben anhand von Kriterien, die dem Bewerter vertraut sind.

INHALTSDIMENSION

Die Inhaltsdimension orientiert sich an der Entwicklung des Lerners vom Anfänger zum Köhner.

ANFORDERUNGSDIMENSION

Für die Modellbildung der Anforderungsdimension orientiert sich das KOMET-Kompetenzmodell am vierstufigen Kompetenzniveau von BYBEE (1997), das auch Eingang in das PISA-Projekt (naturwissenschaftliche Grundbildung) gefunden hat.

Nominelle Kompetenz: Auf dieser ersten Kompetenzstufe verfügen die Auszubildenden über ein oberflächliches begriffliches Wissen, ohne dass dieses bereits handlungsleitend im Sinne beruflicher Handlungsfähigkeit ist. Der Bedeutungsumfang beruflicher Fachbegriffe reicht kaum über den der umgangssprachlichen Verwendung fachsprachlicher Begriffe hinaus.

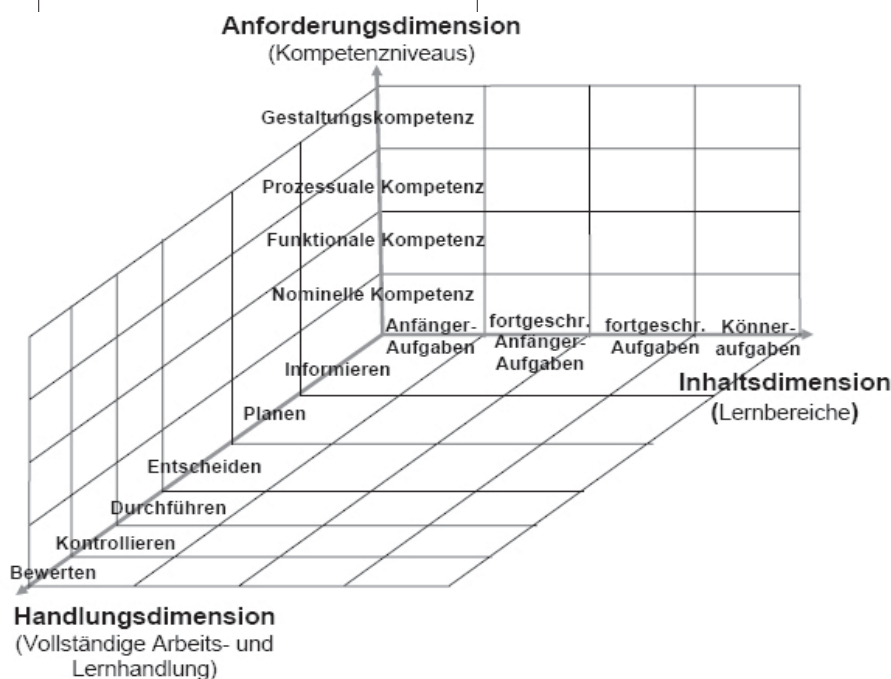


Abb. 2: Dreidimensionales KOMET-Kompetenzmodell

Funktionale Kompetenz: Auf diesem Kompetenzniveau basieren die fachlich-instrumentellen Fähigkeiten auf den dafür erforderlichen elementaren Fachkenntnissen und Fertigkeiten, ohne dass diese in ihren Zusammenhängen und in ihrer Bedeutung für die berufliche Arbeit durchdrungen sind. ‚Fachlichkeit‘ äußert sich als kontextfreies, fachkundliches Wissen und entsprechenden Fertigkeiten.

Prozessuale Kompetenz: Berufliche Aufgaben werden in ihren Bezügen zu betrieblichen Arbeitsprozessen und -situationen interpretiert und bearbeitet. Aspekte wie Wirtschaftlichkeit, Kunden- und Prozessorientierung werden dabei berücksichtigt.

Ganzheitliche Gestaltungskompetenz: Auf diesem Kompetenzniveau werden berufliche Aufgaben in ihrer jeweiligen Komplexität wahrgenommen und unter Berücksichtigung der vielfältigen betrieblichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der divergierenden Anforderungen an den Arbeitsprozess und das Arbeitsergebnis gelöst.

GRUNDLEGENDE KRITERIEN FÜR AUFGABENLÖSUNGEN

Bei der Identifizierung der grundlegenden Kriterien wurde im KOMET-Projekt ein Abstraktionsniveau gewählt, welches gewährleistet, diese Kriterien berufsübergreifend zu bestimmen. Eine Analyse von Berufsbildern und Ausbildungsrahmenlehrplänen sowie von Auswertungsprotokollen beim Einsatz von Testaufgaben zur Evaluation beruflicher Kompetenzentwicklung im Modellversuch GAB (vgl. BREMER, HAASLER 2004) führte zu acht Kriterien, denen die Lösung beruflicher Aufgaben genügen muss.

1. Funktionalität verweist auf die instrumentelle Fachkompetenz und damit auf das kontextfreie fachkundliche Wissen. Die Fähigkeit, eine Aufgabe funktional zu lösen, ist grundlegend für alle anderen Anforderungen, die an die Lösung beruflicher Aufgaben gestellt werden.

2. Anschaulichkeit/Präsentation: Das Ergebnis beruflicher Aufgaben wird im Planungs- und Vorbereitungsprozess vorweg genommen und so dokumentiert und präsentiert, dass der/die Auftraggeber (Vorgesetzte, Kunden) die Lösungsvorschläge kommunizieren und bewerten können. Daher handelt es sich um eine Grundform beruflicher Arbeit und beruflichen Lernens.

3. Nachhaltigkeit/Gebrauchswertorientierung: Zuletzt verweisen berufliche Arbeitsprozesse und -aufgaben immer auf „Kunden“, deren Interesse ein hoher Gebrauchswert sowie die Nachhaltigkeit der Aufgabenlösung ist. In hoch arbeitsteiligen Arbeitsprozessen verflüchtigen sich im Bewusstsein der Beschäftigten häufig der Gebrauchswert- und der Nachhaltigkeitsaspekt bei der Lösung beruflicher Aufgaben. Mit der Leitidee der nachhaltigen Problemlösung wirkt die berufliche Bildung dem entgegen.

4. Wirtschaftlichkeit/Effizienz: Berufliche Arbeit unterliegt prinzipiell dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit. Die kontextbezogene Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte bei der Lösung beruflicher Aufgaben zeichnet das kompetente Handeln von Fachleuten aus.

5. Geschäfts- und Arbeitsprozessorientierung umfasst Lösungsaspekte, die auf die vor- und nachgelagerten Arbeitsbereiche in der betrieblichen Hierarchie (der hierarchische Aspekt des Geschäftsprozesses) sowie auf die vor- und nachgelagerten Ar-

beitsbereiche in der Prozesskette (der horizontale Aspekt des Geschäftsprozesses) Bezug nehmen.

6. Sozialverträglichkeit betrifft vor allem den Aspekt humaner Arbeitsgestaltung und -organisation, den Gesundheitsschutz sowie ggf. auch die über die beruflichen Arbeitszusammenhänge hinausreichenden sozialen Aspekte beruflicher Arbeit.

7. Umweltverträglichkeit ist für nahezu alle Arbeitsprozesse ein relevantes Kriterium. Dabei geht es nicht um allgemeines Umweltbewusstsein, sondern die berufs- und fachspezifischen umweltbezogenen Anforderungen an berufliche Arbeitsprozesse und deren Ergebnisse.

8. Kreativität ist ein Indikator, der bei der Lösung beruflicher Aufgaben eine große Rolle spielt. Dies resultiert auch aus den situativ höchst unterschiedlichen Gestaltungsspielräumen bei der Lösung beruflicher Aufgaben.

Die acht Kriterien sind den Kompetenzniveaustufen zugeordnet. Der Stufe funktionale Kompetenz umfasst die Anschaulichkeit/Präsentation und die Funktionalität der Lösung. Die Stufe der prozessualen Kompetenz beinhaltet die Kriterien Gebrauchswertorientierung, Wirtschaftlichkeit und Arbeits- und Geschäftsprozessorientierung. Der Stufe der Gestaltungskompetenz sind die Kompetenzkriterien Sozialverträglichkeit, Umweltverträglichkeit und Kreativität der Aufgabenlösung zugeordnet.

BERUFLICHE HANDLUNGSKOMPETENZ

Das in die praktische Berufsarbeit einfließende Arbeitsprozesswissen führt vom handlungsleitenden (Know That) über das handlungserklärende (Know How) zum handlungsreflektierenden (Know Why) Wissen. Berufli-

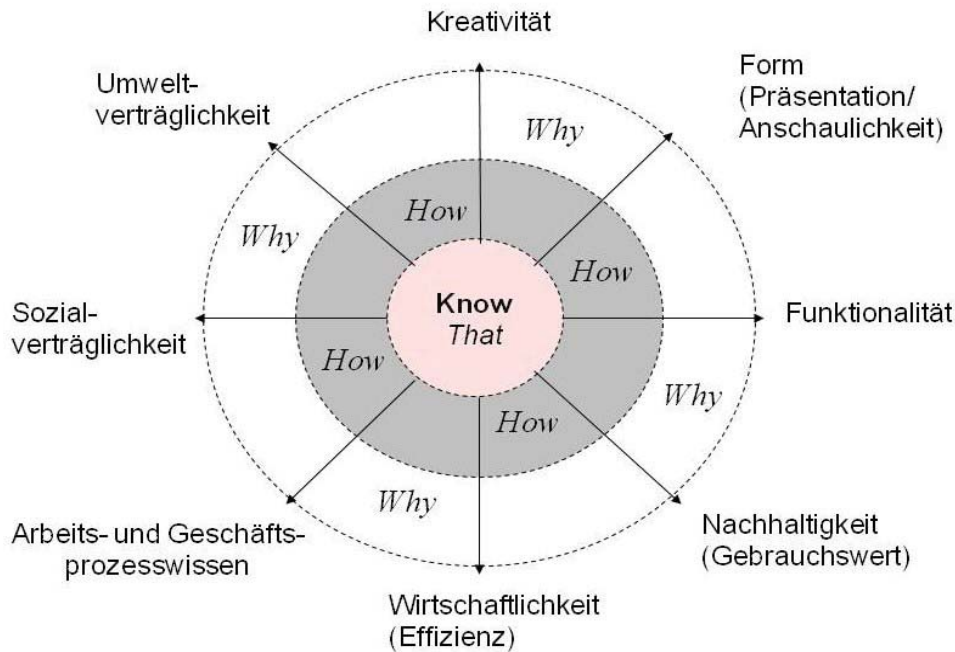


Abb. 3: Ausprägung multipler Kompetenzen repräsentiert durch die Niveaus handlungsleitenden, handlungserklärenden und handlungsreflektierenden Arbeitsprozesswissens

che Handlungskompetenz ist immer dann gegeben, wenn die beruflich Gebildeten dazu befähigt wurden, ihre beruflichen Aufgaben und Probleme vollständig (holistisch) zu lösen. Dies bedeutet, dass optimale Problemlösungen unter Hinzuziehung aller Kriterien reflektiert sein müssen. Das in Abbildung 3 dargestellte Netz repräsentiert das Feld, in dem sich die Problemlösung bewegt. Ist das ganze Feld bis zum äußeren Kreis durch die Problemlösung abgedeckt, kann diese als optimal betrachtet werden.

ANWENDUNG FÜR DEN UNTERRICHT

Der Nutzen des KOMET-Kompetenzmodells lässt sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der wissenschaftlichen Begleitforschung in folgenden Punkten zusammenfassen:

Das KOMET-Kompetenzmodell ist in der ganzen Breite der beruflichen Bildungssysteme einsetzbar – berufs- und systemübergreifend. Die Anwendbarkeit des KOMET-Modells für Berufe

anderer als gewerblich-technischer Berufe erfordert eine inhaltliche Anpassung des Messmodells.

Der Anpassungsbedarf wird nach Einschätzung von Fachdidaktikern aus den Bereichen der kaufmännischen Ausbildung sowie der Berufsbildung im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungsberufe (Erzieher- und Pflegeausbildung) mit einer Bandbreite von 0 bis max. 20% der Bewertungskriterien angegeben.

Das KOMET-Kompetenzmodell ist zugleich ein didaktisches Modell für die Gestaltung und Evaluation von Unterricht und Ausbildung nach dem Lernfeldkonzept. Mit Hilfe des KOMET-Kompetenzmodells können ganzheitliche Lernaufgaben zur Umsetzung des Lernfeldkonzepts mit relativ geringem Aufwand entwickelt werden. Auf Grundlage des KOMET-Kompetenzmodells wurden Verfahren zur Formulierung von Testaufgaben und zur Auswertung von Problemlösungen entwickelt. Mit dem KOMET-Testverfahren lässt sich überprüfen, zu welchem Grad das

übergeordnete Bildungsziel berufliche Gestaltungskompetenz erreicht wird. Die Testergebnisse zeigen nicht nur die Kompetenzausprägung in der Form erreichter Kompetenzniveaustufen, sondern auch die Kompetenzprofile.

Diese haben für die Ausbildungsberatung und die Unterrichts- bzw. Ausbildungsgestaltung besonders hohen didaktischen Stellenwert.

Neben der Erhebung beruflicher Kompetenzen umfasst das KOMET-Testinstrumentarium Skalen zum Messen beruflicher

Identität - beruflichen und betrieblichen Engagements - beruflicher Arbeitsmoral.

In den nächsten Ausgaben wird dargestellt, wie mit dem KOMET Kompetenz- und Messmodell gearbeitet wird, wie Lern- und Testaufgaben erstellt und wie die Aufgabenlösungen ausgewertet werden. Es sind Erfahrungsberichte von Lehrkräften geplant und ein weiterer Beitrag von Felix Rauner zur Entwicklung beruflicher Identität und von beruflichem Engagement. (Die Redaktion)



ÜBERGÄNGE UND BERUFLICHE SCHULEN GESTALTEN

GEGEN DIE ERSATZLOSE ABSCHAFFUNG VON VOLLZEITSCHULFORMEN

BESCHLUSS DER GEW HESSEN VOM 24.03.2012-Auszüge

Mit ihrem Beschluss „Zur Zukunft der berufsbildenden Schulen und zum Übergang von allgemein bildenden Schulen zu berufsbildenden Schulen in Hessen“ vom 25. August 2011 hat die GEW Hessen ein schlüssiges Rahmenkonzept für die Reform des Übergangs und der Beruflichen Schulen vorgelegt, das zum einen die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigt, aber auch die Wünsche und Bedürfnisse der jungen Menschen im Blick hat.

AKTUELLE DISKUSSION

Seit geraumer Zeit werden in der öffentlichen Debatte Forderungen laut, Vollzeitschulformen der Beruflichen Schulen zu beschränken oder ganz abzuschaffen. So wurde mit Beginn des Schuljahrs 2011/12 das schulische Berufsgrundbildungsjahr abgeschafft. Die einjährige höhere Berufsfachschule soll abgeschafft und die zweijährige höhere Berufsfachschule auf ein Minimum reduziert werden. In dieser Diskussion wird lediglich die Abschaffung bestimmter Schulformen gefordert. Alternativen, die den Bildungsbedürfnissen der Jugendlichen gerechter werden, werden nicht diskutiert oder angegangen. Das HKM reagiert auf diese Forderungen durchaus wohlwollend.

- a.) Die GEW Hessen lehnt die ersatzlose Streichung von Vollzeitformen der Beruflichen Schulen ab.
- b.) Die GEW Hessen fordert alle Akteure in der Berufsbildung auf, die Diskussion um die Abschaffung beruflicher Vollzeitformen zu beenden und auf Grundlage des Zukunftskonzepts der GEW Hessen Alternativen für Hessen zu diskutieren und zu beschließen, die den Bildungswünschen und -bedürfnissen der jungen Menschen sowie den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Andere Bundesländer wie Hamburg oder Nordrhein-Westfalen sind inzwischen Schritte in diese Richtung gegangen.

ASSISTENTENAUSBILDUNG

Ausgangslage

In Hessen findet in der zweijährigen Höheren Berufsfachschule eine vollschulische Berufsausbildung nach Landesrecht in 12 Fachrichtungen statt. Insgesamt 7.423 Schüler/innen in 339 Klassen werden derzeit in dieser Schulform ausgebildet. Diese vollschulischen Ausbildungsgänge wurden einerseits in Folge von mangelnden Ausbildungsplätzen im dualen System der Berufsausbildung und andererseits in Bereichen entwickelt, in denen es eine duale Berufsausbildung nicht gab, z.B. Assistent/in für Informationsverarbeitung, Umweltschutztechnik oder Fremdsprachensekretariat. Eine Sonderstellung nimmt die Sozialassistenten ein, die in den 90er Jahren als Regel-Erstausbildung zur anschließenden Ausbildung zur/zum Erzieher/in (Fachschule für Sozialpädagogik) eingeführt wurde.

Problembeschreibung

Seit mehreren Jahren machen die Vertreter von Kammern und Arbeitgeberverbänden Druck auf diese vollschulische Ausbildung mit dem Argument, es gäbe genügend Ausbildungsplätze im dualen System der Berufsausbildung, so dass auf diese teure vollschulische Ausbildung verzichtet werden sollte. Diese Argumentation wird aktuell forciert mit dem Hinweis auf eine hohe Zahl von nicht besetzten und nichtbesetzbarer Ausbildungsstellen im dualen System.

Auf Betreiben des Landesausschusses für Berufsbildung (LAB) empfahl dieser, eine Studie zur vollschulischen Ausbildung (Wirksamkeit, Erfolg, Empfehlung) zu erstellen. Diese Evaluierung wurde durch die HessenAgentur übernommen, die Ergebnisse 2008 in einer Broschüre „Evaluierung der Berufsausbildung an der zweijährigen höheren Berufsfachschule (Assistentenberufe)“ veröffentlicht. Zum Schluss dieser Evaluierung wurden 15 Empfehlungen gegeben, die zum Teil alternative Wege aufzeigten.

Diese Studie und vor allem die darin abgeleiteten Empfehlungen blieben sowohl vom LAB als auch vom HKM unbeachtet. Jüngst nun wurde das Thema wieder auf die Tagesordnung des LAB gebracht. Am 16.11.2011 benannte der LAB 9 der 12 Berufe, die spätestens mit Beginn des Schuljahres 2013 nicht mehr angeboten werden sollten. Zur Sozialassistenten gab es keine Befassung und die Informationsverarbeitung wurde als Qualifizierungsbrücke definiert, die jedoch durch eine berufs begleitende Qualifizierung abgelöst werden sollte. Fremdsprachensekretariat sollte durch duale Berufe mit Zusatzqualifikation ersetzt werden. Zusammenfassend beschloss der LAB: „Der LAB spricht sich im Ergebnis für eine größtmögliche Rückführung der Ausbildungsangebote in der zweijährigen Höheren Berufsfachschule aus (ohne Sozialassistenten) und for-

c.) Die GEW Hessen lehnt die pauschale Forderung des LAB nach „größtmögliche Rückführung“ der Assistentenausbildung vehement ab. Diese Forderung verweist Tausende von jungen Menschen mit Mittlerem Bildungsabschluss auf eine duale Berufsausbildung, ohne ihnen gleichzeitig eine solche auch zu garantieren. Von Neigungen und Interessen der jungen Menschen ist sowieso keine Rede. Die GEW Hessen spricht sich demgegenüber dafür aus, die vollschulische Ausbildung dort beizubehalten, wo

- ☞ keine duale Ausbildungen vorhanden sind (Bsp. Fremdsprachensekretariat, Sozialassistenten)
- ☞ es kein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot gibt. Das Bundesverfassungsgericht von 1980 bezeichnete als auswahlfähiges Angebot ein Verhältnis von 112 Ausbildungsplätzen zu 100 Bewerbungen
- ☞ regional spezifische Bedingungen für solche Ausbildungen sprechen
- ☞ Ausbildungen eine Doppelqualifizierung beinhalten
- ☞ es einen hohen Übergang in die Fachoberschule, Berufstätigkeit oder direkt in das Studium gibt.

Zur gebotenen Weiterentwicklung der vollschulischen Ausbildung fordert die GEW Hessen, die Möglichkeiten des § 43 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz vom 1. April 2005 zur Kammerprüfung zu nutzen und die Anerkennung und Übergangsmöglichkeiten der Assistentenausbildung in Arbeit durch intensive betriebliche Praktika und Lernortkooperationen deutlich zu erhöhen.

dert das Hessische Kultusministerium auf, bis Anfang 2012 eine Planung vorzulegen, wie die Vorschläge im Laufe des Jahres umgesetzt werden.“

EINJÄHRIGE HÖHERE BERUFSFACHSCHULE

Die einjährige höhere Berufsfachschule vermittelt aufbauend auf dem mittleren Bildungsabschluss eine vertiefte Allgemeinbildung und eine berufliche Grundbildung (vorwiegend im Bereich Wirtschaft). Sie ermöglicht es den jungen Menschen partiell, ihre Chancen für einen Ausbildungsplatz zu erhöhen.

Momentan besuchen hessenweit 1.337 Jugendliche die einjährige höhere Berufsfachschule in 60 Klassen. Das Kultusministerium hat gegenüber dem Landesausschuss für Berufsbildung zugesagt, die einjährige höhere Berufsfachschule spätestens zum Schuljahr 2013/14 einzustellen.

d.) Die GEW Hessen fordert die Landesregierung auf, die Einstellung der einjährigen höheren Berufsfachschule erst dann durchzuführen, wenn vollqualifizierende Alternativen für die Bildungswünsche und -bedürfnisse der jungen Menschen geschaffen wurden.

Die GEW Hessen fordert das HKM nachdrücklich auf, das Übergangssystem mittelfristig deutlich zu reduzieren und den jungen Menschen eine vollqualifizierende Berufsausbildung im dualen System oder schulisch/kooperativ zu garantieren.



„Die Hausspitze wird der Empfehlung des LABB zur Assistentenausbildung nicht folgen und sie sorgfältig prüfen.“

Ich schaffe die einjährige HBFS nur unter der Voraussetzung ab, dass sichergestellt ist, dass genügend duale Plätze zur Verfügung stehen und dass für die Schülerklientel der Zugang zur zweijährigen HBFS möglich wird.“ (HKM-Referatsleiter gegenüber dem HPRLL am 29. März 2012).

Ein erster Erfolg? Zweifel sind erlaubt!

Näheres im HPRLL-Bericht

ERZIEHERIN – NUR NOCH MIT HALBEM BERUFSPRAKTIKUM?

Neue Erzieherinnen werden dringend gebraucht, unter anderem, weil Kindertageseinrichtungen für unter 3-jährige ausgebaut werden. Die bestehenden Ausbildungsgänge können den Bedarf nicht decken. Darum werden - zum Teil in großer Eile - neue Möglichkeiten eingerichtet. Seiteneinsteigerklassen ermöglichen im Rahmen der bestehenden Verordnungen verkürzte Ausbildungen für die, die schon Berufsausbildungen und einschlägige Berufserfahrungen mitbringen. Neue Klassen erfordern jedoch zusätzliche Ressourcen an den Fachschulen, sprich: Lehrerstunden. Damit das Ganze nicht zu teuer wird, möchte die Landesregierung die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher insgesamt verkürzen. So könnten an anderer Stelle die zusätzlich benötigten Lehrerstunden wieder eingespart werden.

Argumentiert wird damit, die Ausbildung dauere zu lang, nämlich 5 Jahre im Anschluss an den Mittleren Abschluss. Die Praxisanteile seien insgesamt so umfangreich, dass an ihnen gestrichen werden könne. Kurzfristig soll das Berufspraktikum auf ein halbes Jahr verkürzt werden. Im Grunde genommen arbeiteten die Studierenden hier ja eh schon weitgehend selbstständig, und sie könnten dann einfach ein halbes Jahr früher ihre Berufstätigkeit aufnehmen.

Die Zielrichtung ist klar: Einsparung. Dabei sind sich alle Fachleute einig, dass gerade in dem Bereich, in dem die kleinsten Kinder betreut und gebildet werden, besonders gut ausgebildete Menschen tätig sein müssen, weil hier zentrale Fundamente gelegt werden. Es geht um Geld, und nicht darum, was Kinder brauchen. Bei

derartigen Diskussionen sollten wir nie vergessen, dass etwa für Banken und Bewaffnung extrem hohe öffentliche Mittel zur Verfügung stehen.

Aber sind die Praxisanteile in der Ausbildung zu umfangreich? Es muss als eine ganz besondere Qualität der derzeitigen Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin angesehen werden, dass Theorie und Praxis so intensiv miteinander verknüpft werden. Natürlich müssen sich Pädagoginnen und Pädagogen, die im Bereich der frühkindlichen Bildung tätig sind, intensiv mit theoretischen Konzepten auseinandergesetzt haben.

**Kinder und Uhren dürfen nicht beständig aufgezo-
gen werden. Man muss sie auch
gehenlassen.
Jean Paul**

Aber viel mehr als in anderen Arbeitsbereichen müssen sie ein Fingerspitzengefühl für Menschen entwickeln, müssen lernen, theoretische Überlegungen im Einzelfall feinfühlig und differenziert umzusetzen – und auch ihr eigenes Handeln immer wieder in Frage zu stellen. Diese Lernphasen zu kürzen wäre fatal.

Das sehen übrigens auch BerufspraktikantInnen selber so. Meine BerufspraktikantInnenklasse hat jetzt das erste halbe Jahr hinter sich. Ich habe sie gefragt, wie es für sie wäre, wenn sie bereits jetzt ins Berufsleben entlassen würden. Das wäre ihnen gar nicht recht. Viele sind jetzt noch dabei, ihre Ideen weiterzuentwickeln und zu überprüfen. Sie brauchen noch die Unterstützung ihrer Gruppe

und der Lehrkraft. Sie sind froh, noch nicht die endgültige Verantwortung übernehmen zu müssen. Derzeit dient das Berufspraktikum dazu, sich den Übergang in die volle Berufstätigkeit zu erarbeiten, dabei Unterstützung zu bekommen, Fehler machen zu dürfen, sich noch einmal erproben zu können. Dies alles würde weitgehend entfallen.

Die derzeitige Fachschulausbildung hat besondere Qualitäten. Verbesserungen und Veränderungen sind nötig. Zu nennen wäre hier etwa der Bereich der Allgemeinbildung, da der mittlere Abschluss für Menschen, die andere bilden sollen, als nicht ausreichend angesehen werden kann. Aus diesem Grund fordert die GEW seit langem, die Erzieherausbildung auf Hochschulniveau bei entsprechender Eingangsvoraussetzung anzusiedeln. Eine rein theoretische Ausbildung, wie sie an vielen akademischen Instituten Praxis ist, darf die ErzieherInnenausbildung jedoch nicht werden. Darum bleibt die bisherige Fachschule ein zentraler Ort der Weiterentwicklung, denn nur sie kann auf entsprechende Erfahrungen und die nötige Nähe zu den Praxiseinrichtungen zurückgreifen.

Wir müssen verhindern, dass die Ausbildung gekürzt wird, und dabei sehr deutlich machen, wie unverzichtbar gerade die Praxisanteile sind. Jugendhilfeausschuss und Städtetag stehen auf unserer Seite. Wir können auf vielfältige Unterstützung bauen, vor allem aus der Praxis. Denn hier muss man die Entscheidungen ausbaden, die die Politik aus fragwürdigen Motiven am Grünen Tisch trifft.

Michael Köditz

AUS DREI MACH' EINS: NEUER BERUF KAUFMANN/KAUFFRAU FÜR BÜROMANAGEMENT

THOMAS RESSEL, IGMETALL

Einer der größten Bereiche der dualen Berufsausbildung mit gut 90.000 Ausbildungsverhältnissen - darunter rund 68.000 Frauen - wird grundlegend modernisiert. Unter Federführung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) starten jetzt die Sachverständigen der Sozialparteien in Zusammenarbeit mit Bund und Ländern die Neuordnung der Büroberufe. Statt der Ausbildung der Bürokaufleute, der Kaufleute für Bürokommunikation und der Fachangestellten für Bürokommunikation soll ein einheitlicher neuer dreijähriger Ausbildungsberuf entstehen. Als Berufsbezeichnung ist „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“ vorgeschlagen. Der neue Ausbildungsberuf soll spätestens am 1. August 2014 in Kraft treten, frühestens im nächsten Jahr.

„Durch die Zusammenlegung bislang verschiedener Büroberufe zu einem neuen einheitlichen Beruf mit Differenzierungsmöglichkeiten im Bürobereich entsteht ein attraktives, klar strukturiertes und modernes Angebot für unterschiedliche Branchen“, betont BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser. „Breit angelegte Berufe mit Differenzierungsmöglichkeiten erhöhen die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt für beide Seiten. Darüber hinaus sind sie in Zeiten sinkender Schulabgängerzahlen im dualen System besser zu organisieren als viele

kleine Nischenberufe. Das gilt insbesondere für den Berufsschulunterricht.“ Deshalb werde das BIBB künftig auch verstärkt auf die Entwicklung von Berufsfamilien oder Berufsgruppen hinwirken. Das BIBB hatte mit einer Evaluation der Büroberufe schon frühzeitig Veränderungsbedarf bei diesen aus den Anfängen der 1990er-Jahre stammenden



Berufen festgestellt und Vorschläge an die Berufsbildungspraxis unterbreitet. Bereits 2003 haben ver.di und IG Metall auf Grundlage der BIBB-Evaluation damit begonnen, Eckpunkte für einen neuen Büroberuf zu entwerfen. 2005 wurde

der Vorschlag der Gewerkschaften mit dem Berufstitel „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“ erstmals mit den Arbeitgebern beraten. Im letzten Jahr haben sich dann die Sozialparteien mit den zuständigen Bundesministerien auf wesentliche Eckpunkte der Ausbildung geeinigt. Das neue Berufsprofil ist gekennzeichnet durch Büro- und Geschäftsprozesse, die durch mindestens zwei Wahlqualifikationen mit einer Dauer von jeweils fünf Monaten ergänzt werden. Die Abschlussprüfung soll künftig „gestreckt“, das heißt in zwei Teilen erfolgen. Die Einzelheiten werden durch die Sachverständigen ausgearbeitet.

Parallel dazu wird die Kultusministerkonferenz einen neuen Rahmenlehrplan für die schulische Ausbildung erarbeiten, der die bisherige Fächerorientierung zugunsten einer verstärkten Handlungsorientierung auf eine neue pädagogische Grundlage stellt. Weitere Infos unter: www.kaufleute.org und www.bibb.de/neuordnung-bueroberufe

7. März 2012 - IG Metall WAP

Kommentar der Redaktion

Nun geht die längst überfällige Neuordnung der Büroberufe endlich an den Start. Bereits seit 2003 haben sich die Gewerkschaften dafür stark gemacht und Vorschläge entwickelt. Die von einigen Arbeitgebervertretern in die Diskussion gebrachte Entwicklung eines zweijährigen Büroberufs hatte die Neuordnung verzögert. Das BMWI und das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die öffentlichen Arbeitgeber und das Handwerk sahen jedoch ebenso wie die Gewerkschaften keinen Bedarf. Als Option bleibt, dass nach Einführung des neuen dreijährigen Büroberufs

untersucht werden könnte, ob es einen zusätzlichen Bedarf nach einem zweijährigen Beruf gibt. Es heißt also weiter wachsam zu sein. Doch die jetzt vorgelegte Einigung auf einen dreijährigen einheitlichen Büroberuf kann getrost als gewerkschaftlicher Erfolg verbucht werden.

Die Fachgruppe Berufliche Schule der GEW Hessen plant, im Herbst 2012 oder Frühjahr 2013 eine Fachtagung zum Thema zu organisieren. Kolleginnen und Kollegen, die an der Vorbereitung interessiert sind, wenden sich bitte per Email an Ralf Becker: r.becker.gew@gmx.de

GEMEINSAM GEWINNEN.



Gewerkschaft macht stark.

www.dgb-jugend.de

DIE DGB-JUGEND STELLT BERUFSSCHULARBEIT VOR

Die Berufsschultour der DGB-Jugend ist bundesweit unterwegs. Jedes Jahr besuchen wir tausende Schülerinnen und Schüler im Unterricht. Wir wollen Auszubildende stärken und ihnen Mut machen, Mut zur Teilhabe. Die eigenen Rechte kennen, wissen, was Tarifverträge sind, verstehen, wie Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren. Auch in Hessen sind wir das ganze Jahr über unterwegs. Zu Beginn jeden Schuljahres führen wir unsere Berufsschultour durch. Dann sind wir zwei bis drei Wochen jeden Tag an einer anderen Berufsschule, um die neuen Azubis über ihre Rechte und über die Notwendigkeit von Gewerkschaften zu informieren. Um noch mehr Auszubildende in den Berufsschulen zu erreichen wollen wir die Berufsschularbeit im „Berufsschulinsider“ ausführlicher vorstellen. Wenn wir demnächst auch mal in Ihrer Berufsschule vorbeikommen sollen, können Sie sich gern an unsere JugendbildungsreferentInnen in Hessen wenden.

Warum sollten Sie die Berufsschultour in Ihre Schule holen?

Die Berufsschultour der DGB Jugend basiert auf einer großen Schnittmenge an gemeinsamen Interessen, die es zwischen Berufsschulen und Gewerkschaften gibt:

- ☞ junge ArbeitnehmerInnen werden vor Ort über ihre Rechte in der Ausbildung informiert
- ☞ Wir erläutern als Expertinnen und Experten komplexe Zusammenhänge (Tarifverträge, Mitbestimmung, Interessenvertretung) mit abwechslungsreichen und spielerischen Methoden
- ☞ moderne Methoden und Besuch von jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sorgen für Abwechslung im Unterricht
- ☞ unsere Angebote haben eine Vielzahl von Anschlusspunkten an berufsschulische Inhalte
- ☞ Jugendliche haben mit der Berufsschultour Chancen, mit jungen Aktiven zusammen zu treffen und zu sehen, dass sich Engagement lohnt
- ☞ die Fähigkeit junger ArbeitnehmerInnen zur bewussten Gestaltung der eigenen Arbeits- und Lebenswelt ist eine Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Region
- ☞ die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsjugend und Berufsschulen nutzt Schülerinnen und Schülern, die dazu lernen und den Lehrkräften, die Unterstützung im Unterricht erhalten

JUGEND FÜR JUGEND

Unser Bildungsansatz orientiert sich an der Lebenswelt der Jugendlichen. Wir wollen die Jugendlichen dort ab-

holen, wo sie sind. Das heißt vor allem, an Punkten anzuknüpfen, die sie interessieren und die für ihre Lebens- und Ausbildungsrealität relevant sind.

Um die Qualität unserer Bildungsarbeit dauerhaft zu gewährleisten, arbeiten wir mit einem festen, bundesweit einheitlichen Konzept in Form eines ZIM-Papiers (Ziel - Inhalt - Methode). Dieses feste Konzept soll nicht ausschließen, dass notwendige Anpassungen an die spezielle Gruppe und den speziellen Tag stattfinden. Es soll vielmehr Unsicherheiten und Willkür beim Teamen vorbeugen, indem es feste Ziele formuliert und diesen in Form von Zeit auch eine Prioritätensetzung verschafft. Die Inhalte sind Richtlinien, die bei der Vermittlung beachtet, aber natürlich auch an die Gruppe angepasst werden sollen.

Abholen heißt auch, dass unsere Teamenden keine LehrerInnen sind. Jugend für Jugend beschreibt den Ansatz, junge Menschen in die Schulen zu schicken, damit eine evtl. existierende Barriere SchülerInnen - Teamende abgebaut wird. Der Ansatz Jugend für Jugend senkt die Hemmungen der SchülerInnen, mit uns zu diskutieren und zu arbeiten. Ergänzt werden soll dies durch gemischtgeschlechtliche Teams, da sich die SchülerInnen häufig geschlechtsspezifisch identifizieren.

Wir wollen unsere Inhalte mittels vielfältiger Methoden transportieren. Diese sollen die SchülerInnen einbeziehen (beteiligungorientiert), sie aktivieren (erlebnisorientiert), ihnen Spaß machen und auch bleibende Ergebnisse (produktorientiert) hinterlassen.

Bei der Berufsschultour können SchülerInnen und Lehrkräfte gewinnen: Wir informieren in der Klasse oder auf dem Schulhof über die Rechte, die Azubis haben und bieten

konkrete Hilfe bei Problemen in der Ausbildung.

WAS KANN GEBUCHT WERDEN?

Alle Angebote werden von erfahrenen jungen Menschen entwickelt und durchgeführt, die speziell für die Umsetzung inhaltlich und methodisch ausgebildet wurden. Unsere Ansätze sind:

- ☞ Zwei ehrenamtliche Teamende gehen in die Klassen und führen dort mit den Schüler/innen die Unterrichtseinheiten in der Schule durch.
- ☞ Die Teamenden sind jung (Prinzip Jugend für Jugend) und daher noch relativ nahe an der Zielgruppe.
- ☞ Während der Unterrichtseinheit wird viel Wert auf Methodenvielfalt, Erlebnisorientierung und jugendgemäße Ansprache gelegt.
- ☞ Die Teams, die in die Klassen gehen, sind ehrenamtliche, speziell für diese Unterrichtseinheiten ausgebildete Kolleg/innen, die möglichst eine regionale Anbindung in der DGB-Jugend haben.
- ☞ Unser Team wird alle erforderlichen Materialien selber mitbringen.
- ☞ Durch die bundesweiten Teamschulungen und Evaluationen wird ein hoher Qualitätsstandard erreicht.

Alle Angebote der politischen Jugendbildungsarbeit der DGB-Jugend im Rahmen der Berufsschularbeit werden vom Kinder- und Jugendplan des Bundes und aus den Landesjugendplänen der Bundesländer gefördert. Sie stellen eine wertvolle Ergänzung zum Lehrplan dar und haben zum vorrangigen Ziel, demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen aufzuzeigen in der Gesellschaft, in der Schule und im Betrieb.

Die DGB-Jugend ist als Freier Träger der Jugendarbeit im Rahmen der vereinbarten Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule anerkannter Träger und hat den Auftrag, an Schulen und mit den Schulen für diese Projekte in Kooperation zu treten.

DIE UNTERRICHTSEINHEITEN

Die Unterrichtseinheiten sind so konzipiert, dass sie für zwei Unterrichtsstunden in die Klasse geholt werden können. Sie sind aber auch für einen längeren Zeitraum frei miteinander kombinierbar.

Sie erklären die Aufgaben von Gewerkschaften, Rechte und Pflichten in der Ausbildung, die Entstehung von Tarifverträgen. Die oftmals komplexen Zusammenhänge werden einfach und verständlich mit vielen zielgruppengerechten Methoden für junge Menschen aufgearbeitet und umgesetzt.

Die Bausteine zur Berufsschularbeit sind ansprechende 90-minütige Unterrichtseinheiten und sind dafür geeignet, Schülerinnen und Schülern einen Überblick über folgende Themengebiete zu geben:

- ☞ Gewerkschaften und Tarifverträge
- ☞ Interessenvertretung und Mitbestimmung

- ☞ Rechte und Pflichten in der Ausbildung
- ☞ Modul für Berufsvorbereitungsklassen

In den nächsten Ausgaben werden wir die einzelnen Unterrichtseinheiten ausführlicher vorstellen.

Kontakt

In Hessen ist die DGB-Jugend durch fünf Jugendbüros regional vertreten. AnsprechpartnerInnen in den Regionen:

Andre Schönewolf (DGB-Jugendbüro Nordhessen)

andre.schoenewolf@dgb.de

Ulrike Eifler (DGB-Jugendbüro Mittelhessen)

ulrike.eifler@dgb.de

Christian Begass (DGB-Jugendbüro Frankfurt)

christian.begass@dgb.de

Sascha Schmidt (DGB-Jugendbüro Südhessen)

sascha.schmidt@dgb.de

Tobias Huth (DGB-Jugendbüro Südosthessen)

tobias.huth@dgb.de



NEUSPRECH G E G E N D E R T

LIEBE ALICE,

Ich sehe schwarz. Um unser gutes Verhältnis, das so viele Gefährdungen überdauert hat! Immer habe ich das Schöne im Schönen Geschlecht gesucht – und gefunden. Letzte Woche aber hatte ich ein Erlebnis, das mich ganz wirr gemacht hat, ich bin verzweifelt.

Nun, ich war in einer der Sitzungen, deren es so viele gibt. Ich hatte ein Papier zur Diskussion eingebracht. Es ging um den sogenannten Übergangsbereich – oder anders ausgedrückt: Wie macht man aus Schülern Auszubildende?

Also gut, das Papier schien zunächst allenthalben Zustimmung zu finden.

Libertée, die auf dem berühmten Bild von Delacroix, du weißt schon, die mit der Rechten die Tricolore schwingt und mit dem freien Busen, die hat dagegen sanfte, engelsgleiche Züge. Jedenfalls senkten wir alle schuldbewusst den Blick, na ja, zumindest wir männlichen Kollegen. Sei es, weil wir uns ertappt fühlten, oder sei es – na, ja, ich will keinem Kollegen anheim stellen, dass er nicht auf der Höhe der Zeit sei...

Aber nicht genug damit. Kurze Zeit später stellt nämliche Leiterin ihr neues PR-Konzept vor und liest: „Für uns sind die Schülerinnen Kundinnen. Und Kundinnen sind bekanntlich König.“ Ach, denke ich spontan, Ge-

lesen hat sie offenbar, die Frau Leiterin. Eben schriftdeutsch: gesprochen wie geschrieben. Genus ist gleich Sexus, frau braucht uns nicht mehr.

Bewunderte Alice, du warst immer Vorbild für mich. Nicht nur das schönere Geschlecht seid ihr, auch das friedfertiger und vernünftiger. Weiß ich doch schon längst aus vielfacher eigenen Erfahrung: Mädchen sind die besseren Schülerinnen. Ich nehme sie ernst. Anreden wie: Schüler/-innen, SchülerInnen - die kann man doch kaum schreiben, geschweige denn aussprechen - die sind mir zuwider, ich finde sie beleidigend! Nicht zu sprechen von den kreativen Einfällen wie SuS oder S/S.

Nicht böse sollst du dagegen sein, wenn ich auch weiterhin deinesgleichen den Vortritt lasse ins Restaurant oder Ihr in den Mantel helfe. Denn – wie sagtest du damals gelegentlich – unsereiner sei halt so – so sozialisiert. Sei aber versichert, liebe Mitstreiterin, dass ich nichtsdestoweniger auch weiterhin an deiner Seite hart und mutig kämpfen werde!

Ergebendst

*Dein Hartmut
(noch immer geplagter Schulleiter)*



Doch plötzlich springt die Leiterin dieser Arbeitsgemeinschaft auf und mit zorniger Gesicht vermeldet sie: Niemals werde sie dem Papier zustimmen. Überhaupt würde sie kein Schriftstück mehr durchgehen lassen, das nicht durchgehend „gedschendert“ sei. Ihr Gesichtsausdruck war – darf ich das sagen, liebe Alice? - der einer Rachegöttin. Die Freiheitsgöttin, die

schlechtsvertuschung, wie damals bei der Päpstin. Aber was ist mit den Schülern? Sind das keine Kundinnen? Traue mich aber wegen des vorigen Vorfalles nicht zu fragen und vergleiche mit dem Skript. Da ist er, der kleine Unterschied. Der Freiraum zwischen i-Strich und i-Punkt wurde schlicht vergessen. Oder etwas anderes? Also: SchülerInnen. Richtig ge-

P.S. Nun, da ich mir meinen Groll von der Seele hab` schreiben können, sehe ich nicht mehr so schwarz, Alice, um unser Verhältnis. Wohl aber um den Frieden bei meinen mir anvertrauten Kolleginnen und Kollegen. Kannst du mal kommen?

Ernst Hilmer

FACHTAGUNG PRODUKTIONSSCHULEN

Arbeiten statt büffeln, und dennoch in einem schulischen Rahmen etwas lernen. Produktionsschulen sind ein Modell, um Jugendlichen beim Übergang Schule-Beruf zu helfen. Bei der Fachtagung der Landesgruppe Produktionsschulen am 27.01.2012 waren deren Umsetzungsperspektiven im ländlichen Raum und speziell im Vogelsberg das Thema in der Alsfelder Max-Eyth-Schule.

„Die Produktionsschule ist eine gute Möglichkeit, Jugendlichen ohne Schulabschluss einen Anstoß für soziale Integration, Ausbildungs- und Bildungschancen zu geben“, erläuterte Claudia Galetzka, Leiterin der gastgebenden Schule und Sprecherin von Hessencampus Vogelsberg das Interesse, eine solche Schule im Vogelsbergkreis zu initiieren.

In den 23 Produktionsschulen, die es derzeit in Hessen schon gibt, stellen Jugendliche in sogenannten Produktionslinien Dinge her oder erbringen Dienstleistungen. „Dabei lernen die Jugendlichen durch den Produktionsalltag“, erläuterte Frank Schobes, Leiter einer Produktionsschule in Offenbach. Der normale Schulrhythmus mit den 45-minütigen Schulstunden und der Fächerorientierung wird dort aufgelöst. Dadurch würden auch diejenigen erreicht, die in den allgemeinbildenden Schulen keinen Abschluss erreicht oder die den Übergang von schulischer zu beruflicher Ausbildung nicht geschafft hätten.

„Es sind aber keine Schulen für Abgehängte, für das Prekariat, sondern hier sollen sich die Jugendlichen finden“, verwies Prof. Bojanowski auf die Vorbilderschulen in Dänemark. „Durch das Erleben der wirklichen Produktion erkennen die Jugendlichen den Wert der Arbeit und des

Produktes“ zeigt Bojanowski die Wirkung der Produktionsschule auf, die er in einem Modellprojekt in Mecklenburg-Vorpommern untersucht hatte.

Eine regionale Einbindung der Schulen sei wichtig, da die Produktionslinien an bestehende Praktikums- und Arbeitsplätze angelehnt sein müssen. „Es darf keine Konkurrenz zu den Handwerkern entstehen“.

„Die deutschlandweit ersten Einrichtungen im Übergangsfeld Schule-Beruf sind 1992 in Hessen gegründet worden“, erläuterte Martin Mertens, Vorsitzender des Bundesverbandes der Produktionsschulen. Allerdings gebe es noch großen Bedarf für eine Strategie, um ein gesichertes Modell zu schaffen.

EINIGKEIT BEI LANDESPOLITIKERN

Seltene Einigkeit unter Landespolitikern. Bei der Fachtagung der Landesgruppe Produktionsschulen sagten Vertreter aller fünf im Landtag vertretenen Fraktionen den Produktionsschulen ihre Unterstützung zu.

Am weitesten ging dabei Dr. Michael Reuter (SPD). „Die SPD möchte pro

Schulträgerbezirk in Hessen eine Produktionsschule einrichten.“ Damit fand er Zustimmung bei Mario Döweling (FDP), der sich eine flächen-deckende Einrichtung solcher Schulen vorstellen kann. Vorsichtiger waren dagegen die Vertreter der anderen Fraktionen. „Sie sind kein allein seligmachendes System aber ein wichtiger Baustein, wenn man das Übergangssystem Schule Beruf umbaut“, befand Mathias Wagner von Bündnis 90/Die Grünen und lag damit auf einer Linie mit CDU und Linken.

Ebenfalls Konsens herrschte unter den Landespolitikern bei der Frage, ob denn die Produktionsschule im Schulgesetz verankert werden soll. Zwar werde es in dieser Legislaturperiode keine Novellierung mehr geben, dennoch sprachen sich alle für eine Aufnahme in das Landesgesetz aus.

Allerdings stellten die Politiker das ganze Übergangssystem Schule Beruf zur Disposition. „Es muss anders organisiert werden, mehr aus Blickrichtung der Schüler und weniger mit Blick auf die Fördermittel“, forderte Wagner.

*Oberhessische Zeitung vom
28.01.2012*



BERUFSBILDUNG DEUTLICH AUFGEWERTET

... dies stellte Prof. Dr. Heister, Abteilungsleiter im Bundesinstitut für Berufsbildung, zu Beginn seines Vortrags anlässlich einer Fachtagung an der Technikerschule in Butzbach fest. Zur Tagung „Bachelor – was nun?“ wies Prof. Heister darauf hin,



dass die Eingruppierung der Fachschulen im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) als gleichwertig dem Bachelor für die Studierenden der Fachschulen eine Aufwertung auch in Europa bedeutet, das Berufsbildungssystem damit eine höhere Durchlässigkeit erhält und auch eine höhere Mobilität der Techniker möglich wird. Vor allem entsteht eine bisher nicht vorhandene Vergleichbarkeit der Abschlüsse, die sich an der Matrix des DQR orientiert, so der Abteilungsleiter des Bundesinstituts. Darin werden zu erwerbende Kompetenzen beschrieben, ein guter Weg, der nicht nur auf Ziffernoten aufbaut, die sowieso nicht sehr viel aussagen. Im Mittelpunkt stehen zwei Bereiche, die Fachkompetenz und die personelle Kompetenz, jeweils in zwei Bereiche unterteilt: Wissen und Fertigkeiten aber auch soziale Kompetenzen und Selbständigkeit. In dieser DQR-Matrix sind acht Niveaustufen beschrieben, das Niveau 1 für die berufliche Vorbereitung, das Niveau 8 für die Wissenschaftlichkeit. Techniker und Meister sind auf Niveaustufe 6 platziert worden genauso wie der Bachelor.

Der Bildungsexperte des DGB, Matthias Körner, betonte in seinem Bei-

trag, dass die Lohnfindung sich jedoch nicht unbedingt an dem Titel „Bachelor“ orientieren wird. Allerdings sagte der Bildungsexperte, dass der Bedarf an Technikern sich zukünftig sehr erhöhen und damit der

Zugang auf den Arbeitsmarkt, auch auf den europäischen, sehr erleichtert wird. In den meisten europäischen Staaten ist der Zugang von „Praktikern“ zu den Hochschulen unproblematisch, anders in Deutschland. Hier haben die Hochschulen

noch große Probleme mit diesem „neuen“ Bachelor aus Fachschulen. Deshalb gestalten sich die Anschlussmöglichkeiten an die Hochschulen wie auch mögliche Anrechnungen nach dem Technikerabschluss nach wie vor als schwierig. Bildungsgerechtigkeit ist so noch nicht gewährleistet ergänzt der Sprecher der AG der Direktorinnen und Direktoren an Beruflichen Schulen in Hessen, Norbert Herlein. Die Studierenden an den Fachschulen brauchen Planungssicherheit, gerade auch, wenn sie weiter an der Hochschule studieren wollen. Dafür will sich Herlein einsetzen.

Die Denkweisen, so Prof. Heister, müssen sich ändern. Dies wird noch drei bis fünf Jahre dauern, aber am Ende des Prozesses werden sich die Hochschulzugangsbedingungen ändern und die Barrieren fallen nicht zuletzt, weil der „Markt“ seinen Druck nach pra-

xisorientierten Studiengängen erhöht.

Aaron Löwenbein wies darauf hin, dass sich durch diese Neuregelung sehr viel auch für die allgemeinbildenden Schulen ändert. Zukünftig werden Haupt- und Realschüler/innen in den beruflichen Schulen bis zur Gleichwertigkeit mit dem Bachelor geführt werden können, durchaus eine weitere attraktive Alternative zum gymnasialen Bildungsweg.

An der ersten Tagung zur neuen Bachelor-Regelung nahmen neben Studierenden der Technikerschulen auch Lehrkräfte der hessischen Fachschulen für Technik teil, die sich sehr erfreut über diese aktuellen Informationen zum Thema Bachelor durch die Experten zeigten. Gefördert wurde diese Tagung über das XENOS-Projekt, das sich diesem Thema nicht zuletzt auch deshalb stellt, weil für viele Menschen auch mit Migrationshintergrund die Technikerausbildung eine große Chance darstellt und Durchlässigkeit sowie Mobilität in Übergangssystemen darüber hinaus Themen der XENOS-Maßnahme sind (vgl. zum Thema auch S. 10).



Aaron Löwenbein

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt •
Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe Berufliche
Schulen -Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann
m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Fax : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker
Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

LESERBRIEF ZUM ARTIKEL

„SELBSTSTÄNDIGKEIT ALS LERNPROZESS“

VERÖFFENTLICHT IM DARMSTÄDTER ECHO UND IN DER FRANKFURTER RUNDSCHAU VOM 26.2.2012

Der neoliberale Glaubenssatz „Der Markt regelt alles“ ist endlich auch in den Schulen angekommen. Und obwohl mittlerweile selbst Staatsökonomien versagen - davon gibt es in Europa außer Griechenland eine Reihe von weiteren Kandidaten - wird dieser Satz fröhlich weiter verbreitet.

Schulalltag ist und war immer ein Spagat, der Flexibilität und Ausdauer vermögen verlangt, und das unabhängig von der heutzutage viel zitierten „Selbstständigkeit“ einer Schule. Es sind die Lehrerinnen und Lehrer, die genau dieses jeden Tag leisten müssen.

Individualisierte Förderkonzepte sind keine Erfindung der Selbstständigen Beruflichen Schule (SBS), sondern wurden und werden durch Unterrichtskonzepte, wie z.B. binnendifferenziertes Unterrichten, schon lange praktiziert. Individuelles Feedback und kritische Würdigung sind für viele Lehrkräfte schon seit vielen Jahren alltägliche Selbstverständlichkeiten und keine Errungenschaft der SBS-Schulen. Wer suggeriert, die „selbstständige Schule“ habe dies neu entwickelt, schmückt sich mit fremden Federn, da es sich hier ausschließlich um altbewährte – vielleicht von einigen Pädagogen wiederentdeckte – Unterrichtsprinzipien moderner Pädagogik handelt.

Neu am Konzept der „selbstständigen Schulen“ ist allerdings, dass sie den vom Land Hessen vorgegebenen Mangel an Geld und Personal jetzt selbst verwalten dürfen und offensichtlich auch wollen. Mit dem „großen Budget“ können sie ab jetzt nicht erfolgte Lehrerzuweisung in Geldmittel umwandeln. Toll!

Dabei verzichtet man dann lieber auf die Einstellung von pädagogisch qualifizierten Lehrkräften, um stattdessen nicht qualifizierte Studenten zu deutlich billigeren Konditionen, in der Regel auf Honorarbasis, einzustellen. Das bedeutet weiter, dass man Fachleute ohne pädagogische Ausbildung aus der Industrie anstellt, obwohl man bisher bei Menschen, die man auf SchülerInnen „los ließ“, auf einer pädagogischen Ausbildung bestanden hatte.

Unsere Landesregierung ist angetreten mit dem Versprechen eine 105 % ige Lehrerzuweisung zu garantieren. Darauf warte ich immer noch. Mit einem entsprechenden Etat und ausreichender personeller Ausstattung könnten wir auch ohne Mangelverwaltung Schule als einen Ort der Integration und der Emanzipation von Jugendlichen zu Bürgern dieses Landes gestalten.

Anscheinend hat dies auch die große Mehrheit der beruflichen Schulen in Hessen begriffen, die sich **nicht** am Modellprojekt SV+ und am Übergang in Selbstständige berufliche Schulen beteiligt haben. Und das waren unter den 106 Berufsschulen auffällig viele.

Berthold Alt



BERUFSBILDUNGSBERICHT 2012: BIBB-HAUPTAUS- SCHUSS ZUM ENTWURF DER BUNDESREGIERUNG

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat am 15. März 2012 in Bonn den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegten Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012 beraten.

Die Stellungnahmen der Gruppen im Hauptausschuss können unter www.bibb.de heruntergeladen werden.

Hintergrund:

Der Berufsbildungsbericht 2012 wird im April nach der Verabschiedung durch das Bundeskabinett vom Bundesbildungsministerium veröffentlicht. Gegenstand der Beratungen war der vom BMBF herausgegebene politische Teil des Berufsbildungsberichts, zu dem der BIBB-Hauptausschuss nun Stellung bezog. Ergänzt wird dieser Teil durch einen „Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung“, den das BIBB herausgibt und der parallel zum Berufsbildungsbericht erscheinen wird. Die

2009 erstmals umgesetzte Teilung des Berufsbildungsberichts in einen politischen und einen eigenständigen, Indikatoren gestützten Daten-Teil hat sich nach Auffassung aller Beteiligten „sehr gut bewährt“.

Da gerade in der Berufsbildung die Einschätzungen insbesondere zu den Ausbildungszahlen und Ursachen in der Regel weit auseinanderliegen geben die Gruppen des BIBB-HA – Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Länder – getrennte Stellungnahmen ab, die sich zum Teil deutlich unterscheiden. Die Gegenüberstellung der Stellungnahmen und ihre kritische Reflektion ist für einen qualifizierten Politikunterricht sehr empfehlenswert!

Fazit der Gewerkschaften: Trotz der demografischen Entspannung und der guten Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2011 bleibt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt enttäuschend. Das Plus von 1,8% bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bleibt weit hinter den Erwartungen zurück.

GEW-FACHTAGUNG „WEITERQUALIFIZIERUNG VON A.T. FACHLEHRENDEN“

Termin: 8. Mai 2012 – 14.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Frankfurt/M, DGB-Haus

Ablauf

- ☞ Begrüßung
- ☞ 3-4 a.t. Fachlehrende kommen zu Wort (Schilderung ihres persönlichen Werdegangs und ihrer vergangenen und aktuellen Tätigkeiten)
- ☞ Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen
- ☞ Referat (Entwicklung, Problemstellung, Wege in anderen Bundesländern, GEW-Beschluss zur Weiterqualifizierung)
- ☞ Diskussion mit dem Plenum
- ☞ Podiumsdiskussion mit Staatssekretär (angefragt), Prof. Rützel TU Darmstadt, Vertreter der GEW Hessen, GEW-Vertreter aus Baden-Württemberg
- ☞ Weitere Schritte (Resolution, Presse, Sprecherkreis, weitere Aktionen)
- ☞ Verabschiedung

Teilnehmende: Fachlehrende, Fachgruppe Berufliche Schulen, Interessierte
Anmeldungen: GEW Hessen Mail: info@gew-hessen.de.